DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 46 ab Samstag, 8. Mai 2021 bundesweit. Verkaufspreis 50 Cent mit Verwendungszweck Crowdfunding bitte an KDW e.V. IBAN: DE46 8306 5408 0004 2747 84 · BIC: GENODEF1SLR

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

Wo ist die »Vierte Gewalt«, die freie Presse? Hier. Dies ist die 46. Ausgabe einer der auflagenstärksten Print-Wochenzeitungen in deutscher Sprache. INHALT ERSTES BUCH • Der Intensive: Preis der Republik für Ricardo Lange, Seite 2 • Werner Köhne zur Deutschen Auslese, Seite 2 • Markus Fiedler mit Hiobsbotschaften, Seite 3 • Eine Ohrfeige für den Corona-Kult, Seite 4 • Zensur findet statt, Seite 4 • Hausdurchsuchung bei Richter, Seite 5 • Grundrechte nicht für Gesunde, Seite 5 • Rechtskolumne Markus Haintz, Seite 5 • Demokalender der Verfassungsbewegung, Seite 6 • Tanz und brennende Barrikaden, Seite 7 • Basis-Bundesvorstand Harald von Herget, Seite 8 • INHALT ZWEITES BUCH • Wir sind die Roberter, Seite 9 • Soziale Ungleichheit, Seite 10 • Mit Blockchain die Ketten sprengen, Seite 11 • Thema: Perspektiven der Freiheitsbewegung 12/13 • KZ und RKI?, Seite 14 • Kultur und Sport, Seite 15 • Grundgesetz Seite 16.

QUER DENKEN, MACHT ÜBERNEHMEN!



Selbstbestimmt: Mika, 13 Jahre, wehrt sich wie viele Bundesbürger gegen den Impfterror.

Foto: Hannes Henkelmann (DW)
Montage: Chris Stein/Anselm Lenz

Das grundgesetzwidrige und mittlerweile vernichtungslüsterne Corona-Regime befindet sich im Niedergang. Die Zukunft liegt bei der Demokratiebewegung, die seit 28. März 2020 das Grundgesetz gegen die Regierung und die Medienpropaganda verteidigt.

Es ist ein Putsch: Der Virus ist nicht gefährlicher als andere Grippeinfekte. Sogenannte *Lockdowns* (Niederschlüsse) schaden den 99 Prozent der Menschen massiv. Sie nützen nur amerikanischen Pharmakonzernen und der Nato-Rüstungslobby. Wer sich hinter der Lügenfassade des verfassungswidrigen Notstandsregimes einen Aufbruch für Umweltschutz und sozialen Ausgleich erhofft hatte, wurde mit dem seit fünf Monaten andauernden Ewig-Niederschluss eines Besseren belehrt.

Demokratiefeindliche Strukturen im Regierungsapparat, in Medien und Konzernen setzen seit 14 Monaten eine wahnhafte Terror-Agenda durch. Die Zahl der durch Impfungen Geschädigten und Getöteten steigt deshalb mit jedem Tag, an dem die Kampagne läuft. Ebenso die Zahl der direkten und indirekten Todesopfer durch das Notstandsregime, darunter auch Kinder. In Deutschland ist dafür die Administration der Regierung Merkel und deren Mitläufer persönlich verantwortlich. Das Widerstandsrecht nach Artikel 20 Absatz 4 des Grundgesetzes ist ausgelöst. Die Verschmelzung von Korporationen, Medienkonzernen und Regierungen unter »Corona«, die Gleichschaltung von Gerichten, Institutionen und Parteien, die Schließung von Theatern, Schulen und Universitäten, die Zensurversuche durch Landesmedienanstalten und die Drangsalierung von wahrhaften Journalisten machen mittlerweile ohne jeden Zweifel deutlich: Das ist der Faschismus auf globaler Ebene. Die Gesellschaften sollen final zerbrochen werden. Der Begriff der neoliberalen Propaganda ist dafür: »Disruption«.

Doch selbstbewusste Länder wie Schweden, Weißrussland und sogar 22 US-Bundesstaaten nehmen am Terror-Kult mit Masken, Schulschließungen und Zwangsimpfung nicht teil – ohne jedweden Nachteil bei der Krankheitsprävention. Die größten Demonstrationen der Menschheitsgeschichte in London, Berlin und Québec werden von den Medienkonzernen ignoriert, verfälscht oder verleumdet. Die deutsche Demokratiebewegung gegen das Corona-Regime demonstriert seit 28. März 2020 – überall im Land und mittlerweile täglich (siehe Seite 7 und nichtohneuns.de).

So kommt zunehmend Licht in die Finsternis. Die deutsche Demokratiebewegung ist bereit zur Machtübernahme – für Republik, Gewaltenteilung, Föderation und Rechtsstaat. Die Losung: Die Regierung wird inhaftiert, das Grundgesetz wiedereingesetzt und um Volksentscheide in allen grundlegenden Fragen erweitert. Die Demokratie wieder von Kopf auf die Füße gestellt. weiter auf Seite 13

Der unerschrockene Intensivpfleger

LAUDATIO ***Der Preis der Republik wird an Ricardo Lange verliehen.***
Von Hermann Ploppa



Am 29. April 2021 in der Bundespressekonferenz. Thema: die Situation der Intensivstationen. Den Fragen stellen sich Gesundheitsminister Jens Spahn, RKI-Chef Lothar Wieler und – der Krankenpfleger für Intensivmedizin, Ricardo Lange aus Brandenburg.

Was der kraftvolle Mann im mittleren Lebensalter zu sagen hat, kann Wieler und Spahn nicht so ganz schmecken. Es gibt schon zu denken, dass Lange als Zeitarbeiter im anspruchsvollen Intensivbereich arbeiten muss. Lange nimmt kein Blatt vor den Mund. Die körperliche Belastung ist extrem verschärft, seitdem die Pfleger mit FFP2-Maske über die ganze Schicht arbeiten und dazu Plastikschutzkleidung tragen müssen. Lange ringt mit den Tränen, wenn er beschreibt, wie Patienten einsam und ohne körperlichen Kontakt zu den Angehörigen versterben und er die Leichname dann in schwarze Säcke packen muss.

Die Situation in den Intensivstationen war schon lange vor Corona desolat. Es fehlt nicht an Betten. Es fehlt an Personal. Es gibt bislang kein schlüssiges Konzept, wie die Pfleger wieder ein normales Familienleben führen können. Die Corona-Regelungen sind »wirr«. Und an Wieler und Spahn: »Das Virus kann man nicht ausrotten!« Von dem viel gepriesenen Bonus für Pflegekräfte ist nichts bei Lange angekommen.

Für so viel Ehrlichkeit und Mut, Wieler und Spahn vor laufender Kamera deutlich zu widersprechen, und das als kaum abgesicherter Zeitarbeiter – dafür gebührt Lange die Hochachtung der gesamten Republik!

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie wird an Ricardo Lange verliehen. Die Auszeichnung wird seit 27. Juni 2020 vom Trägerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Bisherige Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch.



Zum Geleit

EIN DEMOKRATISCHER GRUß!

Texte, Audio und Video: Siehe demokratischerwiderstand.de

Die Redaktion möchte sich Ihnen vorstellen und sich erklären. Gestatten? – Wir sind die Redaktion der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand (DW) in Berlin. Wir sind unabhängig von Parteien, Konzernen und anderen korrumpierten Strukturen. Crowdfinanziert und professionell. Wir stehen der Demokratiebewegung um nichtohneuns.de, demokratischegewerkschaft.de, Bewegung Leipzig und Querdenken nahe. Dank der vielen einzelnen kleinen und mittleren Spenden* können wir jede Woche diese gedruckte Zeitung sicherstellen und in unserer gesamten Republik verbreiten.

Wir sind parteilose liberal eingestellte Menschen. MedizinerInnen, Journalisten, Arbeiter, Juristen, Künstler, Händler, Unternehmer, Mütter und Väter, Alte und Junge vielerlei Hintergründe. Uns ist daran gelegen, dass die Freiheitsrechte unserer Verfassung, dem Grundgesetz, vollständig wiederhergestellt werden. Wenn uns das gelingt, werden wir diesen Erfolg gemeinsam mit allen feiern, die sich daran beteiligt haben, auch über Animositäten hinweg. Denn die Grundlage, sich politisch streiten oder gar schneiden zu können, sind die liberalen Grundrechte. Doch diese sind von der Regierung abgeschafft worden, die die Verfassung gebrochen und sich mit Verordnungen totalitär ermächtigt hat. Deshalb führen wir die Debatte um eine neue Verfassung an.

WARUM GIBT ES DIESE WOCHENZEITUNG JETZT ZUM 46. MAL?

Und warum in einer gedruckten Auflage von mindestens 100.000 Print-Exemplaren (und weit darüber) sowie als E-Paper und Online-Ausgabe unter demokratischerwiderstand.de?

Ganz einfach!

Für Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit und, ja, auch Einigkeit und Recht und Freiheit. Wir sind der Ansicht, dass zu viele Menschen der Gleichschaltung der Berufspolitik und der Konzern- und Regierungspropaganda ausgesetzt sind. Diese können durch unsere Wochenzeitung die Kenntnis davon erlangen: Ja, es gibt eine Opposition im Jahr 2020 und auch 21!

Während des derzeitigen Zusammenbruchs des Finanzmarktkapitalismus, der auch ohne Ausgangssperre stattgefunden hätte, projiziert das verfassungsbrüchige Regime seinen Hass und seine Panik auf uns, die anderen Menschen, die in dessen System nie eine gedruckte Wahl gehabt haben. Wir erleben unter dem Stichwort »Corona« den Versuch einer terroristischen Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals. Thomas Schäfer (CDU), Finanzminister des Landes Hessen, hat sich bereits im März 2020 das Leben genommen. Ungezählte Tragödien spielen sich ab.

Die Unbekannten, Stillen, Vergessenen, Alten und Kranken sind für uns keine Namenlosen – sie gehören alle zu uns. Zugleich ist diese Krise auch eine Chance zur Erneuerung unseres demokratischen Miteinanders. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere künftige Wirtschaftsgesetzgebung (basis-)demokratisch, transparent & ergebnisoffen verhandelt und beschlossen wird. Denn wir alle werden unter den neuen Regeln zu leben haben. – *Die DW-Redaktion*

*Schenkungen mit Verwendungszweck »Crowdfunding« gern an KDW e.V., IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84

PRINTABO-AKTION DW 2021 AUF DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE



A DEMOCRATIC GREETING FROM BERLIN!
UN SALUT DÉMOCRATIQUE DE BERLIN!
BERLIN'DEN DEMOKRATIK BIR SELAMLAMA!

We are journalists and members of the editorial office from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so-called Grundgesetz.We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via e-mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. Please take into consideration, the current German government and the EU are not what they may seem abroad. During Corona they have taken a fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed, and persecuted for our work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press and human rights organisations abroad. Thank you! Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin

Selektion à la Deutsch

EINWURF *von Werner Köhne*

Bei Besuchen in Chile – meine Frau ist Chilenin – fiel mir auf, dass dieses Land in seiner neoliberalistischen Prägung dem Bild einer typischen Klassengesellschaft entspricht.

Wobei die höher gelegenen Stadtteile in Santiago der Oberschicht vorbehalten sind. Extremer Klassenlage entspricht bekanntlich auch das Universitätssystem in England und den USA. Und nicht zufällig ist der Autor von »Die feinen Unterschiede«, Pierre Bourdieu, ein Franzose, Bewohner eines Landes, das schon in seiner wohlklingenden Sprache eine Exklusivität vorgibt, in der Klassen kaum je zueinander finden. Deutschland dagegen bietet zwar auch Areale für Reiche, aber nicht so abgegrenzt, und Universitäten waren bis zuletzt fast offen für alle.

Ich habe mich gefragt, wieso es dann in Deutschland einen solchen Hang zur Selektion gibt – der im Corona-Alltag wieder deutlich an Fahrt gewinnt. Etwas plakativ zusammengefasst: Die Deutschen zeigen sich weniger anfällig für Klassen mit feinem englischen Zwirn und französischer Noblesse, aber neigen zur Selektion: Abstand halten, Quarantäne anordnen, Corona-Tote nach oben aussondern, Corona-Leugner ächten – etwas an Auslese geht immer!

Die berüchtigtste Auslese fand in Auschwitz statt, aber man neigt hierzulande auch zu Abgrenzungen nach unten, etwa durch Mobbing und Ächtung des Nachbarn. Einige Denker haben all dies zu ergründen versucht – und sind dabei auf eine Eigenart gestoßen: den Hang der Deutschen nämlich, das Konkrete unter das Abstrakte zu fassen – was aber nicht eine erotische Beziehung zur Theorie andeutet, die man im Land der Mechaniker und Bauhaus-Besetzer eher ablehnt, sondern die Verortung des Daseins und praktischer Handlungen unter ein Prinzip. Dazu tritt eine weitere Eigenart: Man sieht sein wichtigstes Lebensziel – wie gerade die Corona-Majorität beweist – darin, als normal eingestuft zu werden. Normal gemäß der Norm. Eigentlich unleidlich gegeneinander finden die teutonischen Dauergrantler aber wieder zur Einheit, wo sie sich Autoritäten unterstellen – dürfen. Aus Prinzip. In diesem Umkreis gediehen einst die Tugenden: Ehre, Treue und – Haltung. Um ein Beispiel anzuführen: Ein Herr Himmler richtete einst an seine SS dieses Dekret: »Bleibt sauber. Haltet die Treue in Ehren – und zeigt Haltung, selbst beim Selektieren in Buchenwald.« Aus Prinzip. Jawoll, Herr Obersturmbannfüh... ähh ...

»Minima Mortalia« von Werner Köhne erscheint bei Sodenkamp & Lenz. 216 Seiten, 27,50 Euro. Nachwort von Gunnar Kaiser. Bestellung via demokratischerwiderstand.de.



Hiobsbotschaften aus dem Heiligen Land

Massive Nebenwirkungen und steigende Todeszahlen – selbst Pharmafirmen warnen jetzt vor Thrombosen. | Von Markus Fiedler

Die Impfungen schreiten weltweit in einem unglaublichen Tempo voran. In Europa und angrenzenden Ländern (EU und EEA) wurden mit Stichtag 3. Mai 2021 insgesamt 140.873.741 Dosen an Personen verimpft.

Etwa zwei Drittel der Impfungen wurde mit dem Biontech/Pfizer-Impfstoff Tozinameran/Comirnaty durchgeführt, etwa ein Fünftel der Impfungen mit dem Astrazeneca-Impfstoff und etwa 9 Prozent mit dem Moderna-Impfstoff. Für alle Impfstoffe zusammengenommen wurden 382.603 sogenannte »Verdachtsfälle« also Nebenwirkungen gemeldet. Derzeit gibt es übrigens europaweit ungefähr 7.200 gemeldete Todesopfer im Zusammenhang mit Impfungen. Auch das findet man in der EMA-Datenbank. Als ob das nicht beunruhigend genug wäre, reißen die Hiobsbotschaften nicht ab.

NEBENWIRKUNGEN UND TOTE BEI SÄUGLINGEN UND KINDERN

Wir sprachen bereits darüber, dass entgegen den Freigaben offenbar auch Säuglinge geimpft wurden, weil es zu allen Impfstoffen auch hier gemeldete Verdachtsfälle gibt. Besonders beunruhigend sind die derzeit 199 Verdachtsfälle bei Astrazeneca für Säuglinge im Alter unter 30 Tagen. Selbstverständlich tauchen in der Statistik auch Nebenwirkungen von Kleinkindern, Kindern und Jugendlichen auf. Die Website tkp.at titelte am 3. Mai: »EMA Datenbank: 1.268 Fälle von Nebenwirkungen bei Kindern bis 17 Jahren«. Genau wie ich stöbern die Autoren in den Fallberichten der EMA-Datenbank und fördern erschreckende Einzelfälle zu Tage: Fallnummer EU-EC-10008321943, Mädchen, sieben Jahre alt, Hämatome, chronische Bronchitis, Herzversagen, Tod. Fallnummer EU-EC-10007559081, Junge, sieben Jahre alt, tot.

Bei Studien von Biontech/Pfizer an sechs Monate alten Kindern soll ein Kind nach »adversen« Impfreaktionen gestorben sein vermeldet die Website greatgameindia.com.

Und trotzdem sollen Kinder ab 12 Jahren geimpft werden. Die Zulassungen für die Impfstoffe stehen noch aus, werden aber sehr wahrscheinlich kommen. Anträge seitens Biontech sind schon gestellt.

Astrazeneca hat vergangene Woche einen sogenannten Rote-Hand-Brief, mit dem sie über Risiken informieren, veröffentlicht. Zitat: »Ein kausaler Zusammenhang zwischen Impfungen mit Vaxzevria und dem Auftreten von Thrombosen in Kombination mit Thrombozytopenie wird als plausibel angesehen. Angehörige der Gesundheitsberufe sollten auf die Anzeichen und Symptome von Thromboembolien und/oder Thrombozytopenie achten und die Geimpften entsprechend informieren.« Hier geht es um eine Autoimmunkrankheit, hervorgerufen durch Antikörper des Patienten. Autoimmunerkrankungen kennen wir schon mit dem unausgereiften Impfstoff namens Pandemrix gegen die sogenannte Schweinegrippe. Damals wie heute sehen wir dieselben Protagonisten auf der einen wie auf der anderen Seite. Nur dass die hochgelobten und erfolgreichen Aufklärer von damals, die Schlimmeres verhindert haben, nämlich Dr. Wolfgang Wodarg und Prof. Succharid Bhakdi heute als Verschwörungstheoretiker diskreditiert werden.

Ein sehr ähnliches Bild der Nebenwirkungen zeigt sich auch bei allen anderen Covid-Impfstoffen. Johnson & Johnson (Janssen) hat ebenfalls einen Rote-Hand-Brief in gleicher Sache mit verblüffend ähnlichem Inhalt veröffentlicht. Wodarg und Bhakdi warnen seit Monaten vor genau diesen massiven Nebenwirkungen. Aber keiner außerhalb der neuen unabhängigen Medien hört auf sie. Die Gefahr geht von den Spike-Proteinen selbst aus, die zu einer Zellfusion bei mit dem Impfstoff infizierten Zellen führen. Das wiederum führt zu Mikroverletzungen in Geweben und Gefäßwänden, nachdem das Immunsystem infizierte Zellen neutralisiert hat, was wiederum zu Gerinnseln führt. Zusätzlich sorgen die Spike-Proteine dafür, dass die Blutplättchen (Thrombozyten) verklumpen, was direkt zu den Blutgerinnseln führt. Da alle am Markt befindlichen Impfstoffe die Wirtszellen mit der gleichen Erbinformation für das Spike-Protein infizieren und umprogrammieren, geht von allen Impfstoffen gleichermaßen diese Lebensgefahr aus.

ISRAEL: MEHR TOTE SEIT GEIMPFT WIRD

Aus dem heiligen Land kommen derweil immer mehr beunruhigende Botschaften. In Israel wurde ganz überwiegend mit dem deutschen mRNA-Impfstoff von Biontech/Pfizer die Bevölkerung in kürzester Zeit massenweise geimpft. Sogar alternative Medien wie Henryk M. Broders »Achse des Guten« verbreiteten hier über Viedeoplattformen unter dem Titel »Israel: Die Impf-Pragmatiker« naive Propaganda-Jubelmeldungen über den angeblichen Impferfolg in Israel.

Während hierzulande noch die Leitmedien über den Grund für die gehäuften Herzmuskelentzündungen in Israel rätseln und einen Zusammenhang mit den Impfungen negieren, zeigte sich allerdings schon viel früher eine erhebliche Übersterblichkeit in direktem zeitlichen Zusammenhang zu den Impfungen. Das legt die Schlussfolgerung nahe, dass die Leute in Israel nicht zufällig nach der Impfung sondern in direkter Kausalfolge durch die Impfungen sterben. Während in Israel in acht Monaten in 2020 zwischen März und November 3.074 Personen im Zusammenhang mit Covid-19 gestorben sein sollen, stieg dieser Wert innerhalb zweieinhalb Monaten während der Impfungen um 2.748 Fälle auf 5.822 Todesfälle. In mehrfacher Hinsicht ist dies alarmierend. In Israel hat die Regierung beziehungsweise der Staat wie in kaum einem anderen Land massiven Druck auf die Bevölkerung ausgeübt, sich impfen zu lassen. Der durch die Impfung entstandene Schaden in der Bevölkerung könnte im Vergleich zum Schaden durch die natürlichen Corona-Infektionen um ein Vielfaches höher ausfallen. In Israel gehören etwa 75 Prozent der Bevölkerung der jüdischen Religion an. Und als Schadensverursacher steht ein sogenannter mRNA-Impfstoff aus Deutschland ganz oben auf der Liste der verdächtigen Kandidaten. Und der wurde auch noch aufgezwungen durch die israelische Regierung. Ein ganz bitterer Beigeschmack. Das hätten viele zur Zeit des Dritten Reichs Verfolgte und ins Gelobte Land Geflüchtete sicher nicht gewagt, zu denken.

MELDUNG

FREIHEITEN FÜR GEIMPFTE

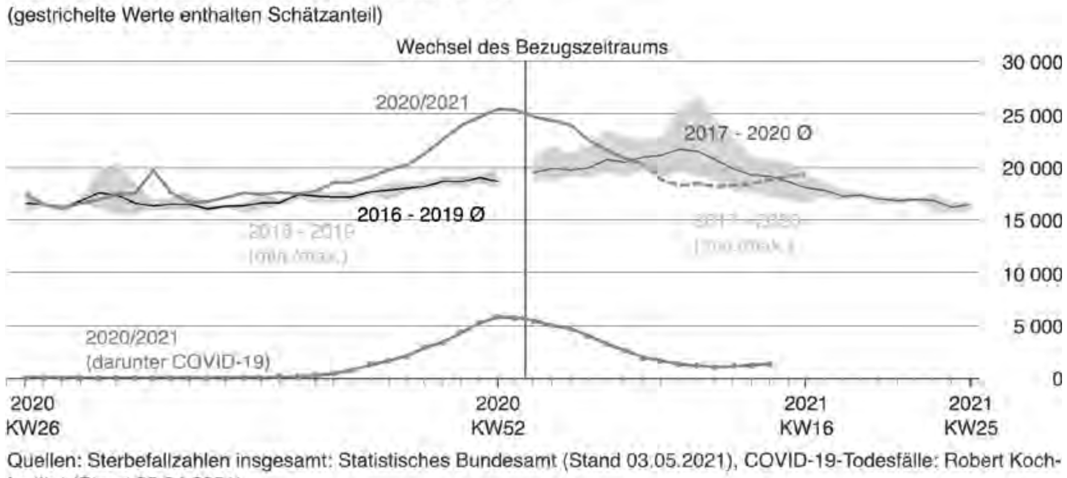
Berlin/DW. Diesen Samstag wird die Apartheid in Deutschland offiziell: Geimpfte und Genesene sollen wieder ihre Rechte und Freiheiten bekommen. Kontaktbeschränkungen, Ausgangssperren, sowie Test- und Quarantänepflichten beim Reisen werden für sie entfallen. Darauf einigten sich Union und SPD unter anderem auf Druck von Klagen gegen die Bundesnotbremse beim Bundesverfassungsgericht. Problematisch scheint allerdings die Umsetzung, denn die Änderung könnte bedeuten, dass Polizisten nach 22 Uhr Impfpässe kontrollieren müssen. Auch das Gastgewerbe fordert eine sofortige Öffnung von Hotels und Restaurants, aber nur für Geimpfte, Genesene und negativ Getestete. (rop)

ÄRZTE ZEIGEN SOLIDARITÄT

Berlin/DW. Der neue Kanal »danke-allesdichtmachen« sammelt Videos von Ärzten und unterstützen so die Aktion »allesdichtmachen«. Die Mediziner wollen ebenfalls nicht länger schweigen und sich dankbar zeigen, dass sich einige Prominente in diesen schwierigen Zeiten trauen, das auszusprechen, was auch sie sich denken. Treibende Kraft hinter dieser Solidaritätsaktion sind der Notarzt und Publizist Dr. Paul Brandenburg sowie der ehemalige Amtsarzt von Aichach-Friedberg, Dr. Friedrich Pürner. Bei Drucklegung waren bereits 44 Ärzte-Videos online. (sma)

DIFFAMIERUNGS-KAMPAGNE GEGEN MEDIZINER

Berlin/DW. Die SPD-Fraktion führt eine aggressive Kampagne gegen den Notfallmediziner, Unternehmer und Begründer der Initiative 1 bis 19 – für Grundrechte und Rechtsstaat, Dr. Paul Brandenburg. In der Tageszeitung *Tagesspiegel* wurde er wahrheitswidrig und ohne jeden Beleg als »Antidemokrat« und »Demokratiefeind» bezeichnet. Daraufhin nötigte die Referentin der SPD-Bundestagsfraktion Stephanie Weyand die Hausverwaltung zur Kündigung des Mietvertrags seiner Corona-Schnelltest-Station in Berlin-Prenzlauer Berg, mit der Drohung, die übrigen Mieter des Hauses in der Husemannstraße aufzuwiegeln. (rop)



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Die linksstehende Statistik zeigt die Sterbefälle in der Bundesrepublik im Vergleich der Jahre. Daraus geht hervor, dass die Anzahl der Gestorbenen seit dem Winter und Frühjahr 2020 deutlich unter den Zahlen der Grippewelle des Jahres 2018 und ähnlich den Zahlen anderer Jahre liegt. Das gilt auch für 2021. Es gibt demnach keine außergewöhnliche Übersterblichkeit.

Sars-Cov-2 (Corona) existiert. Der Virus ist auch nicht völlig ungefährlich. Corona ist jedoch nicht oder nicht wesentlich bedrohlicher als andere Grippeinfektwellen, wie sie zu jedem Jahreswechsel auf der Nordhalbkugel stattfinden. Denn wäre Corona übermäßig bedrohlich – oder gar menschheitsbedrohend –, dann müsste die Sterberate von uns Menschen signifikant und ganz außergewöhnlich ansteigen. Das ist aber nicht der Fall. Die Daten sind jene des Statistischen Bundesamtes.

250 Expertenstimmen zu Corona: NICHTOHNEUNS.DE/VIRUS

MELDUNG

»BUNDESNOTBREMSE« NICHT RECHTSKRÄFTIG

Berlin/DW. Laut Staatsrechtlern des *verfassungsblog.org* ist das sogenannte Ermächtigungsgesetz II nicht gültig und darf nicht umgesetzt werden. Demnach ist die explizite Abstimmung des Bundesrates nach Artikel 104a Absatz 4 des Grundgesetzes nötig geworden, dies sei aber unterblieben. Da mit dem Gesetz die Bundesländer zu Gunsten eines Zentralregimes entmachtet wurden, sei die Umgehung der »Unterscheidung von Einspruchs- und Zustimmungsgesetz« im Bundesrat besonders relevant. Das Ermächtigungsgesetz II war in der Länderkammer lediglich als »Einspruchsgesetz« durchgewunken worden. (ale)

EILANTRÄGE GEGEN AUSGANGSSPERRE

Karlsruhe/DW. Das ehemalige Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat am Mittwoch die Eilanträge gegen die verfassungswidrigen nächtlichen Ausgangssperren abgelehnt. Geklagt hatte unter anderem die Bundestagsfraktion der FDP. Im Mai 2020 war das BVerfG dem Konzernlobbyisten Stephan Harbarth unterstellt worden. Harbarth galt schon zuvor als Problemjurist und genoss in der Jurisprudenz kein Ansehen. Er war zuvor Hinterbänkler der CDU-Regierungsfraktion im Bundestag sowie unter anderem mit dem sogenannten Cum-Ex-Finanzskandal verstrickt. (ale)

INSOLVENZSTOPP AM 30. APRIL ABGELAUFEN

Berlin/DW. Die nach dem Zusammenbruch des US-Finanzkapitalismus Ende 2019 aufgekommenen De-facto-Insolvenzen von Banken und Großbetrieben in der BRD könnten nun durchschlagen. Das deutsche Corona-Regime unter Bundeskanzlerin Merkel hatte die Insolvenzmeldepflicht mit dem Verweis auf die Viruslage und ausstehende Hilfezahlungen mehrfach ausgesetzt. Damit wurden dauerhaft zahlungsunfähige Unternehmen »durchgeschleppt«. Laut Regierungspressekonferenz vom 30. April wird die Aussetzung nicht verlängert. Damit müssten laut Insolvenzordnung etliche Anträge auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens bei den Amtsgerichten eingehen. (ale)

LONDONER DEMO MIT 700.000 VON BBC VERSCHWIEGEN

London/DW. Die Corona-Maßnahmenkritiker Englands versammelten sich am 24. April in London. An der Demonstration, zu der unter anderem die Organisation *Save Our Rights UK* (Schützt unsere Grundrechte) von Louise Creffield sowie der Labour-Politiker Pierce Corbyn aufgerufen hatten, nahmen nach Einschätzung mehrerer unabhängiger Beobachter rund 700.000 Menschen teil. Louise Creffield bestätigte »400.000 bis 700.000 Demonstranten oder sogar mehr«. Die staatliche britische Rundfunkorganisation *BBC* verschwieg die Demonstration in ihrer Berichterstattung völlig. Ebensowenig wurde in der deutschen Staats- und Konzernpropaganda von der größten Demo der britischen Geschichte überhaupt berichtet. (ale/lle)

Ohrfeige für den Corona-Kult

Rund fünfzig Schauspieler betrieben mit ihren allesdichtmachen-Spots erfreuliche Blasphemie im Corona-Kult-verhafteten Deutschland. | Ein Kommentar von Nicolas Riedl

»Diese Regeln dürfen niemals hinterfragt werden«, schwor Tierarzt Wieler uns zu Beginn der neuen Normalität ein. Die Regeln in so überspitzter Form zu predigen, dass sie sich unweigerlich in ihrer abstrusen Natur entpuppen – von diesem Verbot war nie die Rede.

Und so nahmen sich rund fünfzig Schauspieler – darunter zahlreiche bekannte Namen – Ende April die »Frechheit« raus, ihre Rezipienten in so überspitzter Form auf die Maßnahmen einzuschwören, dass es selbst dem größten Corona-Kult-Anhänger unmöglich war, dies nicht als Satire zu identifizieren.

Zügellos wurde der ganzen Keim-Krieg-Rhetorik, den Pseudo-Solidarität-Mantras und dem wissenschaftlich angestrichenen Gesülze die Maske herabgerissen. Die Doppelstandard-Aerosole gelangten somit ungehindert in die Schreihälse der Corona-Apologeten. Entsprechend heftig waren die allergischen Reaktionen.

Die Aktion #allesdichtmachen hatte einen Nerv getroffen. Die Null-Covid-Forderung realitätsferner Rich-Kids und gut betuchter Heimbürohengste wurde auf die Spitze getrieben und sprach jener deutschen Mehrheit aus der Seele, die real unter den Maßnahmen leidet. Diese Schauspieler gaben über den Weg der Satire der Lebensrealität von Millionen – verstummten – Deutschen ein Gesicht. Das missfiel selbsterklärend jenen, die das Rumgammeln auf dem Sofa in den Rang einer Heldentat erheben und sich durch Nichtstun als rücksichtsvoll und solidarisch wähnen. Kognitive Dissonanz zieht bekanntermaßen Aggression nach sich, die das in Schieflage geratene Weltbild wieder geraderücken soll.

Der Twitter-Vulkan eruptierte und ließ Asche auf die Häupter der Beteiligten niederregnen. Gift und Galle, Schimpf und Schande aus den Riegen der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten (ÖRF). Mit ihrem Zynismus unmöglich gemacht hätten sich die Schauspieler, die zum Teil auch an Produktionen des Öffentlich-Rechtlichen mitwirk(t)en. Das könne man nicht den eifrig zwangsgebührzahlenden Rezipienten zumuten.

GRAD AN MEINUNGSFREIHEIT SINKT WIE DIE ZAHL DER INTENSIVBETTEN

Doch der Schein trügt. Massenmedial wurde das Bild von einigen wenigen abtrünnigen Promis gezeichnet, die einer Minderheitenmeinung von einigen wenigen »Spinnern« Stimmen verliehen hätten. Es zeigte sich abermals – aber diesmal sehr deutlich –, was für eine mediale Parallelgesellschaft der ÖRF darstellt. Bereits nach einem Tag hatten die Videos 1,6 Millionen Aufrufe mit rund 432.000 Reaktionen, von denen rund 94 Prozent (406.000) positiv ausfielen. Diese scheinbar doch gar nicht so wenigen »Spinner« erreichen *ARD* und *ZDF* wohl nicht mehr, kassieren aber liebend gerne GEZ-Gebühren von ihnen ein.

Es dauerte nicht lange, bis als positive Reaktion sich unzählige Mediziner unter dem Motto »danke – alles dicht machen« bei den Künstlern für den Mut bedankten. Die nächste kognitive Dissonanz für Corona-Kultanhänger. Wie soll man nun der Wissenschaft folgen, wenn diese sich nun – naturgemäß – in unterschiedliche Richtungen aufgabelt?

Alles in allem war #allesdichtmachen ein subversiv-mediales Erdbeben, das dem monolithischen Block der Corona-Einheitsmeinungsmache Risse zufügte und Abgründe der Gesellschaft sichtbar machte. Die Aktion zeigte uns, wo Deutschland 2021 steht. Hierzulande wurde in kürzester Zeit ein totalitäres Meinungsklima nach chinesischer Art geschaffen, welches jedwede Abweichung als Störung der Harmonie, als einen Fehltritt im Gleichschritt verurteilt. Manche Teilnehmer distanzierten sich infolge öffentlichen Drucks und Drohungen sehr schnell wieder von der Aktion. Andere beharrliche Artisten wurden wie Kinder getadelt oder wie auf einer Anklagebank zurechtgewiesen. Der Grad an Meinungsfreiheit in Deutschland sinkt so schnell wie die Zahl der Intensivbetten.

Zum Schluss sei noch auf eine erfreuliche Tatsache hingewiesen: Im Gegensatz zu den drei #wahreHelden-Videospots der Bundesregierung haben diese rund 50 (!) Spots den Bürgern keine zwei Millionen Euro gekostet.

Zensur findet statt

Das Grundgesetz verbietet Zensur. Landesmedienanstalten und Bundespressekonferenz greifen die Journalisten Jebsen und Reitschuster an. | Von Anselm Lenz

Seit 1994 wird am 3. Mai der »Tag der Pressefreiheit« gefeiert. Im Jahr 2021 nahmen dies die de facto gleichgeschalteten Corona-Regime-Propagandisten zum Anlass, den verbliebenen echten Journalisten zu schaden, die noch konfrontative Nachfragen stellen. Exakt das ist die Aufgabe in jeder Pressekonferenz in einer Demokratie.

Nun nahmen Systempropagandisten ausgerechnet den Tag der Pressefreiheit zum Anlass, den unabhängigen Berichterstatter Boris Reitschuster – Preisträger der Republik und jahrzehntelanger kritischer Kreml-Korrespondent – in einem »Offenen Brief« von 58 Vereinsmitgliedern der Bundespressekonferenz (BPK) zu diskreditieren. Ebenso wurde der Korrespondent der russischen Auslandswelle Florian Warweg diskriminiert.

Im Brief heißt es: »Wer die Bundespressekonferenz für propagandistische Zwecke und für die Verbreitung von Verschwörungsmythen und Desinformation benutzt, für Polarisierung und Profilierung, hat keinen Platz.« Ein Satz, der propagandistischer und verschwörerischer nicht sein könnte. Schließlich lässt allein schon das Verhältnis von 58 Konzern- und Staatspropagandisten gegen zwei kritische Unabhängige darauf schließen, wie absurd das Verhältnis ist. Kollegialität? Unter dem Corona-Regime sollen offenbar selbstempfundene staatstreue Schriftführer die Corona-Lüge vollstrecken. Zuletzt war die Bundesrepublik unter Merkel in der Rangliste der Pressefreiheit herabgestuft worden.

KRIMINELLE FUNKTIONÄRIN LIEFERT FÜR MERKEL-REGIME

Die Landesmedienanstalten haben derweil begonnen, regelrechte Zensurbefehle zu verschicken. Betroffen von Einschüchterungsschreiben der Landesmedienanstalt Berlin-Brandenburg ist unter anderem das staats- und konzernunabhängige Journalistenportal KenFM.de. Die Schreiben kommen einem Menetekel gleich, ähnlich dem Überfall auf den grundgesetztreuen Richter Christian Dettmar in Weimar: Wer die Wahrheit sagt, oder zumindest auf der Suche nach ihr ist, und sich an Recht und Gesetz hält, wird vom Merkel-Regime überfallen.

Inkriminiert werden sollen drei corona-regimekritische Artikel des Autors und Psychotherapeuten Rüdiger Lenz sowie ein Artikel des Arztes und früheren SPD-Abgeordneten Dr. med. Wolfgang Wodarg. Wodarg hatte bereits ab 2009 erheblich zur Aufklärung der Betrügereien von US-Pharmakonzernen, Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Berufspolitik in der EU und der BRD. Die damals geschürte Panik: H1N1, die Schweinegrippe. Wodarg ist Preisträger der Republik.

Der Kopf von KenFM.de machte die Zensurversuche der Landesmedienanstalt Berlin-Brandenburg (MABB) am Dienstag öffentlich. Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand versucht bereits seit Jahreswechsel, Informationen von der Pressestelle der MABB zu erhalten.

Die MABB war im November 2020 überraschend an die SPD-Regierungsfunktionärin Eva Flecken übergeben worden, die im März das Amt antrat. Sie gilt als Problemfunktionärin, war zuvor im Management des US-amerikanischen TV-Konglomerates Sky. Nun führt Flecken die verfassungswidrigen »Wünsche« des Corona-Regimes prompt aus. Ihre Vorgängerin Anja Zimmer hatte diese abgelehnt oder liegen gelassen. Artikel 5 des Grundgesetzes ist auf Seite 16 dieser Zeitung regelmäßig nachzulesen.

Die Zensurversuche sind Gegenstand des aktuellen Presseklubs der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand (DW). In Konferenz: Die Journalisten Ken Jebsen und Anselm Lenz, siehe demokratischerwiderstand.de/presseklub.

Hausdurchsuchung bei Richter

Weil er bei der Maskenpflicht an das Kindeswohl dachte. | Von Vicky Richter



Am 1. Mai legten Demokraten weiße Rosen vor Gerichtsgebäuden nieder, um gegen die politisch motivierte Hausdurchsuchung zu protestieren. Foto: Dirk Richter

Am 26. April 2021 wurde beim Familienrichter Christian Dettmar aus Weimar, wegen des Vorwurfs der Rechtsbeugung eine Hausdurchsuchung durchgeführt. Dabei wurde auch sein Mobiltelefon beschlagnahmt, seine Büro- und Privaträume wurden durchsucht.

Am 8. April 2021 sorgte Richter Dettmar dafür, dass für zwei Schulen in Thüringen die Maskenpflicht für Schüler per einstweilige Anordnung aufgehoben wurde. Der Richter steht im Allgemeinen den Covid-19-bedingten Maßnahmen an Schulen, wie Abstand, Maskentragen, einer Testpflicht und *Homeschooling* kritisch gegenüber und verwies bei seinem Beschluss auf das Kindeswohl.

Laut Staatsanwaltschaft Erfurt ist ein Ermittlungsverfahren wegen des Anfangsverdachts der Rechtsbeugung eingeleitet worden. Es wird behauptet, dass der streitgegenständliche Fall der durch die Maskenpflicht beeinträchtigten Schüler, ganz bewusst an Dettmar gespielt worden sei und dass er nicht zuständig wäre – eine Annahme, die das Oberlandesgericht Karlsruhe inzwischen widerlegt hat. Das Oberlandesgericht hat die Zuständigkeit des Familiengerichts kürzlich bejaht, was den Vorwurf der Rechtsbeugung – hoffentlich endgültig – ad absurdum führt.

Das Urteil von Richter Christian Dettmar wurde vom Verwaltungsgericht Weimar nicht aufgehoben, für die beiden Söhne der Klägerin gilt es daher weiter. Allerdings wurde die generelle Maskenpflicht in den beiden Schulen durch das Verwaltungsgericht Weimar bestätigt.

In ganz Deutschland hat das Urteil für großes Aufsehen gesorgt und wurde vor allem in Regierungskreisen äußerst kritisch gesehen. Die Hausdurchsuchung sorgt nunmehr erneut für Aufsehen. Namhafte deutsche Anwälte und Initiativen kritisierten die Hausdurchsuchung scharf, darunter die Anwälte für Aufklärung. Auch das Netzwerk kritischer Richter und Staatsanwälte fand deutliche Worte: »Nun wird sich kein Richter mehr trauen, eine maßnahmenkritische Entscheidung zu fällen«, befürchtete ein Sprecher. Der Verdacht läge nahe, dass es sich um einen gezielten Einschüchterungsversuch handle, der zukünftigen »Systemabweichlern« einen Wink in die richtige Richtung geben soll, so die Einschätzung mehrerer bekannter maßnahmenkritischer Rechtsanwälte.

Gerade die Verwaltungsgerichte scheinen inzwischen gleichgeschaltet zu sein, viele Beschlüsse gleichen einander in der Argumentation und berufen sich nur auf die Einschätzungen des RKI, wie aus Anwaltskreisen berichtet wird. Mutige Entscheidungen von Richtern, die es wagen andere Experten anzuhören und Gutachten zu zitieren, sollen offenbar mit Hausdurchsuchungen und Strafverfahren mundtot und gefügig gemacht werden.

Grundrechte nicht für Gesunde

Als »injizierte Person« gibt es kein altes Leben zurück.

Kommentar von Sophia-Maria Antonulas

»Corona ist Lüge« hat jemand auf eines der Schilder gesprüht, die auf das Impfzentrum im ehemaligen Flughafen Tempelhof hinweisen. Das graue gigantomanische Gebäude aus der Zeit des Nationalsozialismus ist zementierter Beweis für einen krankhaften Größenwahn. Aber es könnte nicht stimmiger sein: Mit einer riesigen Propagandamaschinerie wird wieder versucht, eine Legende in die Köpfe der Menschen einzubrennen – die Legende von der asymptomatischen Infektion – und gesunde Menschen als Bedrohung für die Volksgesundheit darzustellen.

Zuerst muss neu definiert werden, was »gesund« bedeutet. So, wie Pandemie und Herdenimmunität neu definiert wurden. Als gesund solle nur noch gelten, wer geimpft oder genesen ist. Aber da diese Umdeutung noch nicht gänzlich in den Köpfen verankert werden konnte, gibt es bis dahin andere Methoden.

»Das ist das Faschistischste, was jemals in unserem Land passiert ist«, stellt die israelische Anwältin Rotem Brown in der Sondersendung des Corona-Ausschusses am 30. April fest. Sie nennt als Beispiel die Holocaust-Gedenkveranstaltungen in Israel, an denen nur Personen mit dem sogenannten Grünen Pass, also Corona-Geimpfte, teilnehmen durften. Selbst Holocaust-Überlebende wurden ausgeschlossen. Und ihr Anwaltskollege Tamir Turgal warnt, dass niemand, der sich impfen lässt, sein altes Leben zurückbekommt, sondern nur ein Leben als »injizierte Person«. Beide stellen auch in ihrem Land fest, dass eine andere Wirklichkeit vorgetäuscht wird und die massive Propaganda der Leitmedien das größte Problem sei.

Was in Israel schon seit einigen Monaten zum Alltag gehört, hat nun auch Deutschland erreicht. Bei der jüngsten Änderung des Infektionsschutzgesetzes dienten die unter Paragraph 28b festgeschriebenen Ausgangssperren und Schulschließungen wohl nur zur Ablenkung. Denn erst Paragraph 28c ermächtigt die Regierung dazu, Grundrechte an perverse Bedingungen zu knüpfen. Gesunde sollen damit aus der Gemeinschaft ausgeschlossen werden, ein menschenwürdiges Leben soll ihnen verwehrt bleiben. Die meisten Menschen tragen die gesundheitsschädlichen Masken nur, um nicht von ihren Mitschülern, Lehrern, Kollegen oder einfach nur anderen Shoppern ausgegrenzt, beschimpft und diskriminiert zu werden. Einige tragen die perverse Maske sogar dann, wenn sie nachgewiesenermaßen aus medizinischen Gründen keine Mund-Nasen-Bedeckung tragen dürfen.

Doch die Masken und Tests waren nur der Anfang, um völlig Gesunde dazu zu bringen, sich einem gesundheitsschädlichen und lebensbedrohlichen Menschenversuch zu unterwerfen. Das Regierungskabinett hatte bereits beschlossen, dass Grundrechte nur für Geimpfte und Genesene gelten sollen – Parlament und Bundesrat durften diese Woche noch zustimmen. Das ist krank. Doch auch dieser Größenwahn wird enden.



WEISSE ROSEN VOR GERICHTEN

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Markus Haintz

Aufgrund der Durchsuchung bei Familienrichter Christian Dettmer aus Weimar meldete Rechtsanwalt Ralf Ludwig am 1. Mai in Weimar eine Mahnwache von bis zu 50 Rechtsanwälten vor dem Amtsgericht Weimar an. Das Motto war: »Wir gedenken der Grund- und Menschenrechte, die im April 2021 in Weimar beerdigt worden sind«. Zum Gedenken sollten weiße Rosen und Kerzen vor dem Amtsgericht abgelegt werden.

Neben Ralf Ludwig wollten auch Beate Bahner und ich sprechen, sowie weitere Kollegen. Die Versammlung wurde mit abstrusen Begründungen verboten, das Verbot wurde durch zwei Instanzen bestätigt. Liest man den Bescheid, so handelt es sich bei meinen Kollegen und mir um Kriminelle, nicht um Organe der Rechtspflege. Trotz perfekten Hygienekonzepts wurde die Demo verboten, weil im Bereich des Gerichts Hygienemaßnahmen nicht eingehalten werden könnten. Eine absurde Begründung, wenn man bedenkt, dass das Gerichtsgebäude am Tag der Demonstration weiträumig abgesperrt wurde und ein paar Rechtsanwälte schon Platz gefunden hätten.

Dass die Begründungen der Verwaltungsgerichtsbarkeit im Versammlungsrecht nicht mehr ernstgenommen werden können und rein politisch sind, ist inzwischen bekannt. Neu ist aber, und das wurde in Weimar klar, dass der deutsche Staat panische Angst davor hat, wenn man ihm den Spiegel vorhält. Es sollte in Weimar mit aller Macht verhindert werden, dass weiße Rosen – das stärkste Symbol für friedlichen Widerstand und Zivilcourage – vor dem Amtsgericht abgelegt werden. Dies gelang zwar, als Reaktion darauf legte die Friedens- und Freiheitsbewegung am 1. Mai weiße Rosen, Blumen, Kerzen, Herzen und Briefe vor über 100 deutsche Gerichte. Dies sowohl zum Gedenken an den Rechtsstaat, als auch als Anerkennung für Richter Dettmar, der als einer der wenigen deutschen Richter in Corona-Fragen Recht gesprochen hat, anstatt nur blind und im vorauseilenden Gehorsam dem politischen Willen zu folgen. Der deutsche Rechtsstaat indes, ist nur noch ein Schatten seiner selbst, die Corona-Politik hat ihm endgültig den Todesstoß versetzt. Allerdings haben die Menschen in Deutschland am 1. Mai auch dezentral und in Eigeninitiative gezeigt, dass die Beseitigung des Rechtsstaats nicht ohne Widerspruch der Bevölkerung erfolgt. Die überwältigenden Bilder vom 1. Mai 2021, nicht nur aus Weimar, gingen um die Welt, sowohl medial, als auch durch Sympathiebekundungen vor deutschen Botschaften in mehreren Ländern. Die Welt schaut kritisch auf unser Land.

Markus Haintz ist Rechtsanwalt und Journalist.

Netzwerk



Die Übersichtskarte (oben) zeigt die Anmeldungen von Aktivitäten von dezentralen und eigenverantwortlichen Gruppen der Demokratiebewegung. Siehe auch querdenken-711.de, BewegungLeipzig.de *und viele weitere. Demotermine (Ort, Zeit, Titel) eintragen via nichtohneuns.de!*

Tag der Demokratischen Gewerkschaft

»Demokratie ist Arbeit.«
Von Anke Wolff

Die Vereinsgründung der Demokratischen Gewerkschaft am 1. Mai 2021 war historisch und politisch relevant. Wir betreten damit demokratisches Neuland, ohne dabei das derzeit geltende Recht außer Acht zu lassen.

Wir bieten als Demokratische Gewerkschaft e.V. die Plattform und den Raum – jedem in seinem Tempo und dennoch gemeinsam –, uns zu entwickeln und unsere Lebensumstände selbst aktiv mitzugestalten. Aktiv sein ist das, was den demokratisch denkenden Menschen wirklich ausmacht. Satt und passiv zu sein, macht uns depressiv und anfällig für Fremdbestimmung. Selbstbestimmung und Mitbestimmung erfordern unseren aktiven, stetigen Einsatz.

Eine »echte« Gewerkschaft, wie wir sie angedacht hatten zu gründen, muss gegnerfrei sein. Gegnerfrei heißt: Mitglied darf nur sein, wer abhängig beschäftigt ist. Die Demokratische Gewerkschaft aber hatte und hat viele interessierte Selbstständige, Freiberufler und sogar Unternehmer, die mit ihren Beschäftigten gemeinsam neue Wege suchen. Sie möchten weg vom Arbeitskampf hin zu einem friedlichen, aufrichtigen und wahrhaft demokratischen Miteinander.

Diese Menschen können nun beim Verein der Demokratischen Gewerkschaft Mitglied werden und in Gemeinschaft mit abhängig Beschäftigten und anderen Menschen aller wirtschaftlichen und sozialen Richtungen nach einem neuen Weg auf ökonomischer und demokratischer Basis suchen.

Veränderungen brauchen Zeit, besonders, wenn sie dem Einzelnen abverlangen, bei diesen Veränderungen aktiv bei sich selbst zu beginnen. Mein Vater, ein Urdemokrat und leidenschaftlicher Gewerkschafter sagte – und heute erst verstehe ich seine Worte: »Demokratie ist Arbeit.« Demokratie lebt und besteht nur durch unser unaufhörliches Mitwirken. Fortwährend.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG:

Online: nichtohneuns.de — Sendet uns die Termine Eurer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

08.05.2021 11-13:30 Uhr	Weinheim, Parkplatz Sepp Herberger Station	Autokorso für Grundrechte
08.05.2021 13-15 Uhr (jeden Sa)	Baden-Baden, Blume-Brunnen (Lange Str. 2)	Kundgebung WIR müssen reden - Immunität für Demokratie
08.05.2021 9-15 Uhr	Kempten, Kotterner Str. 40A	Autokorso zum Jahrestag des Ende des Faschismus
08.05.2021 14-15:30 Uhr (jeden Sa)	Hagen, vor dem Allerwelthaus	Mahnwache für Frieden und Freiheit
08.05.2021 13:45-16 Uhr (jeden Sa)	Hannover, Schützenplatz	Autokorso für Grundrechte
08.05.2021 14-16 Uhr (jeden Sa)	München, Theresienwiese	Autokorso
08.05.2021 13:30-16 Uhr	Brandenburg an der Havel, Wiesenweg	Autokorso für Demokratie & Selbstbestimmung
08.05.2021 14-16:15 Uhr	Oldenburg, Schlossplatz	Kundgebung & Aufzug für Grundrechte
08.05.2021 14-16:30 Uhr	Rosenheim, Max-Josephs-Platz	die Basis – Ihr gestaltet Zukunft mit uns
08.05.2021 15:15-17 Uhr (jeden Sa)	Krumbach (Schwaben), Stadtpark	Spaziergang
08.05.2021 15-17 Uhr (jeden Sa)	Amstetten, Hauptplatz	Spaziergang
08.05.2021 14-17 Uhr (jeden Sa)	Fulda, Universitätsplatz	Demo für Frieden und Freiheit
08.05.2021 15-17 Uhr (jeden Sa)	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Kundgebung und Aufzug
08.05.2021 15-17 Uhr	Köln, Deutzer Werft	!!abgesagt - wir fahren nach Köln!! Demonstration für Recht & Freiheit
08.05.2021 10-17 Uhr	Düsseldorf, Hauptbahnhof (Vorplatz)	Großdemo für Grundrechte & gegen Polizeigewalt
08.05.2021 14-17:30 Uhr	Solingen, Parkplatz Kotterstr. 12	Autokorso für Grundrechte
08.05.2021 15-18 Uhr	Hof, Kugelbrunnen	Hof steht auf - Jubiläumsdemonstration
08.05.2021 14-18:30 Uhr	Köln, Deutzer Werft	Autokorso für Grundrechte
08.05.2021 17-19 Uhr (jeden Sa)	Kirchdorf a.d. Krems, Rathausplatz	Spaziergang
08.05.2021 16:30-19 Uhr (jeden Sa)	München, Marienplatz	UlliOma & Friends
08.05.2021 16-19 Uhr	Hamm, Friedrich-Wilhelm-Raiffeisen-Platz	Autokorso für Grundrechte
08.05.2021 14-19 Uhr	Traunstein, Stadtplatz	Lasst uns reden
08.05.2021 18-19:30 Uhr (jeden Sa)	Reutlingen, Marktplatz	Lichterspaziergang für Frieden, Freiheit, Wahrheit und Demokratie
08.05.2021 10-22 Uhr (täglich)	Berlin, Bundeskanzleramt	Mahnwache am Kanzleramt
09.05.2021 12:30-15 Uhr (jeden So)	Düsseldorf, Parkplatz P1 Messe (Lotzweg)	Autokorso für Grundrechte
09.05.2021 14-16 Uhr (jeden So)	Salzburg, Mozartplatz	Spaziergang
09.05.2021 13-16 Uhr	Landshut, Ringelstecherwiese	Bayern steht zusammen!
09.05.2021 14:30-16:30 Uhr (jeden 2. So)	Illertissen, Marktplatz	Demo für Demokratie und Selbstbestimmung
09.05.2021 14:30-17 Uhr (jeden So)	Köln, Heumarkt	Mahnwache für Grundrechte
09.05.2021 14:30-17 Uhr (jeden So)	Cottbus, Viehmarkt	Autokorso für Grundrechte
09.05.2021 13-17 Uhr	Kassel, Fridericianium	Demo - Friends United - Kassel lädt ein
09.05.2021 15:30-17:30 Uhr (jeden So)	Olching, Volksfestplatz (Toni-März-Str. 1)	Kundgebung für Grundrechte
09.05.2021 15:30-17:30 Uhr	Villingen-Schwenningen, Latschariplatz	Großdemo und Aufzug für Grundrechte
10.05.2021 13-13:30 Uhr (jeden Mo)	Neu-Ulm, Kantstraße 8	Demo für Demokratie und Selbstbestimmung
10.05.2021 11-14 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Nordufer 20	Mahnwache vor dem RKI
10.05.2021 18-19:30 Uhr (jeden Mo)	Zwickau, Hauptmarkt	Montagsdemo - Wir müssen reden!
10.05.2021 17-19:30 Uhr	Berlin, Str. des 17. Juni / Brandenburger Tor	Autokorso Berlin - Sonntags spezial
10.05.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Klagenfurt, Neuer Platz	Lichtermarsch
10.05.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Königs Wusterhausen, Schloßstr.	Demokratieflashmob
10.05.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Osnabrück, Rathaus	Montagsdemo
10.05.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Kaiserdamm/Witzlebenplatz	Abendläuten
10.05.2021 15-20 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Brandenburger Tor	Demo für Grundrechte & Selbstbestimmung
10.05.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Balingen, Parkplatz Sparkassen-Arena B27/B463	Autokorso für Grundrechte
10.05.2021 19-20 Uhr (jeden Mo)	Hainichen, Marktplatz	Mut-Mach-Kundgebung
10.05.2021 19-20:30 Uhr (jeden Mo)	Stralsund, Alter Markt	Informationsaustauch & Spaziergang
10.05.2021 19-20:30 Uhr (jeden Mo)	Konstanz, Konstanzer Münster (Münsterpl. 1)	Montagsspaziergang
10.05.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Weimar, Theaterplatz	Montagsspaziergang
10.05.2021 18-21 Uhr (jeden Mo)	Oranienburg, Schloßplatz	Montagsdemo
10.05.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Neubrandenburg, Marktplatz	Montagsspaziergang
10.05.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang für Frieden, Freiheit, Souveränität
10.05.2021 19-21 Uhr	Bad Feilnbach, Rathausplatz	Bürgerstammtisch - Miteinander statt Gegeneinander
11.05.2021 11-13 Uhr (jeden Di)	Günzburg, Wätteplatz	Demo gegen Coronamaßnahmen und Impfpflicht
11.05.2021 18:30-19:30 Uhr (jeden Di)	Schwäbisch Gmünd, Marktplatz	Mahnwache
11.05.2021 17:30-21 Uhr (jeden Di)	Freiburg, Parkplatz des neuen SC-Stadions	Autokorso für Grundrechte
11.05.2021 18-21 Uhr (jeden Di)	Dortmund, Parkplatz E2 Reymdamm	Autokorso für Grundrechte
12.05.2021 13-16 Uhr (jeden Mi)	Berlin, Potsdamer Pl. Ecke Ebertstr.	Mahnwache "Im Namen der Kunst"
12.05.2021 18-20 Uhr (jeden Mi)	Hanau, Marktplatz	Mahnwache für Grundrechte
12.05.2021 19-21 Uhr (jeden Mi)	Rosenheim, Ichikawa-Platz - Schönfeldstr. 19	Mahnwache für Grundrechte und ein Ende des Lockdowns
13.05.2021 15-17 Uhr	Altötting, Volksfestplatz	Bayern steht zamm
13.05.2021 16-18 Uhr (jeden Do)	Berlin, Ecke Wilmersdorfer Str./Goethestr.	Bürgerinitiative Nachbarschaftsdialog Charlottenburg
13.05.2021 18-19 Uhr (jeden Do)	Poing, Marktplatz/direkt am S-Bhf	Versammlung für Wahrheit, Frieden, Freiheit und Toleranz
13.05.2021 18-20 Uhr (jeden Do)	Burgau, Rathaus	Demo gegen Coronamaßnahmen und Impfpflicht
13.05.2021 18:30-20 Uhr (jeden Do)	Hanau, Rochusplatz	Mahnwache für Grundrechte
13.05.2021 18-21 Uhr (jeden Do)	Hagen, Am Sportpark 34	Autokorso für Grundrechte
14.05.2021 15:30-18:15 Uhr (jeden Fr)	Bargteheide, Markt/Stadtpark	Mahnwache für Frieden & Dialog
14.05.2021 17-19 Uhr (jeden Fr)	Linz, Hauptplatz	Fest für die Freiheit
14.05.2021 16:30-19 Uhr (jeden Fr)	Kassel, Parkplatz Messehalle P1 Süd	Autokorso für Grundrechte
14.05.2021 17-19 Uhr (jeden Fr)	München, Karlsplatz (oder: siehe online)	Open Mic - Demokratie leben
14.05.2021 18-20 Uhr (jeden 2. Fr)	Weißenhorn, Rathausplatz	Demo für Demokratie und Selbstbestimmung
14.05.2021 18-20 Uhr (jeden Fr)	Berlin, Parkplatz - Hellersdorfer Str. 159	Autokorso Berlin Ost
15.05.2021 15-19 Uhr	Nürnberg, Wöhrder Wiese	Demo - Ein Jahr Protest für Grundrechte
15.05.2021 16-20 Uhr	Berlin, Spreewaldplatz	Social is Dancing
15.05.2021 19-21 Uhr (jeden 2. Sa)	Rheinstetten, Rappenwörthstr. 49	Abendspaziergang
15.05.2021 14-23:59 Uhr	Deutschlandweit, Überall	Es reicht! - Bundesweite Aktion
15.05.2021 15-23:59 Uhr	Wien, Ort folgt	World Wide Rally for Freedom
16.05.2021 14-16 Uhr	Frankfurt am Main, Ort folgt	Schweigemarsch

Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN

Zwischen Tanz und brennenden Barrikaden

Freie Linke demonstrierten in Berlin gegen die Corona-Willkür. | Von Ronja Palmer



Die neu gegründete Initiative »Freie Linke« demonstrierte mit vielen weiteren Gruppen der Demokratiebewegung am 1. Mai in Berlin. *Foto: Steve Schramm*

Am traditionellen 1. Mai demonstrierte die demokratische Widerstandsbewegung in Berlin für die Beendigung der kapitalistischen Corona-Maßnahmen und für die Rückkehr der Freiheitsrechte. Linke Gruppen forderten vor allem eine sozialere Mietenpolitik.

Anlässlich des internationalen Tages der Arbeiterbewegung wurde vergangenen Samstag in ganz Deutschland demonstriert. Besonders groß waren die Proteste in Hamburg, Frankfurt, Leipzig und natürlich in Berlin, wo laut Angaben der Polizei bis zu 30.000 Menschen auf den Straßen waren. Über den Tag verteilt gab es zahlreiche Kundgebungen und Umzüge in der ganzen Stadt. Ein wichtiges Thema der linken Szene, die sich in den Bezirken Kreuzberg und Neukölln versammelte, war der gekippte Mietendeckel, der für viele Menschen ein finanzielles Desaster darstellt. Der semi-hygienekonforme Protest, der friedlich startete, mündete nachts in gewaltvolle Ausschreitungen, es gab Flaschenwürfe und brennende Barrikaden.

In Lichtenberg fand ein Umzug der Freien Linken Berlin statt, unter dem Banner »Nein zum Kapital – Widerstand global! Linke gegen Corona Willkür«. Mobilisiert dafür hatten in der Freiheitsbewegung unter anderem auch die Freedom Parade, die Berliner Kommunarden und Wir sind viele. Begleitet von einer rabiaten Polizeieinheit bahnten sie sich tanzend ihren Weg durch die Straßen. Sie waren nicht die einzigen, die zur Musik protestierten. Hunderte Kunst- und Kulturschaffende demonstrierten für die Wiederbelebung der Kultur- und Clubszene, denn der *Lockdown* hat sie an den Rand der Existenz getrieben. Und auch im Treptower Park tanzten abends über tausend Menschen in Festival-Stimmung für ihre Grundrechte. Des Weiteren fand unter Einhaltung der Corona-Regeln eine Fahrraddemo für bezahlbare Mieten Richtung Grunewald statt. Einzig der DGB hielt sich wie schon 2020 zurück und verlagerte seine 1. Mai-Kundgebung unter dem Motto »Solidarität ist Zukunft« von der Straße auf das Livestream-Sofa.

Bella Ciao, bella ciao, bella ciao, ciao, ciao

Unser rasender Reporter Clark Kent berichtet diesmal aus Italien.

Superman ist für vieles bekannt – dazu gehört auch das Fliegen. Diesmal flog er über die Alpen in das Land der Pizza und Pasta.

Die Menschen in Italien sind zwar gelassener, tragen aber auch Masken. Sie waren überall sehr freundlich, obwohl meine Begleitung und ich »oben ohne« waren. Wir besuchten einen Kongress mit etwa 30 Experten aus verschiedenen europäischen Ländern, darunter Staranwälte, Molekularbiologen, Agrarexperten und Ärzte. Ich war dort als Visionär und Pressevertreter eingeladen. Es ist eine Ehre, mit so vielen Koryphäen zusammenzuarbeiten. Ein »PCR-Experte« erklärte den PCR-Test als unzulänglich, um damit Infektionen zu diagnostizieren. Er bestätigte auch, dass die propagierte Auffassung von Viren und dem Immunsystem nicht dem aktuellen Stand der Wissenschaft entspricht – die Medien würden das Problem nur verschlimmern und Angst schüren. Rechtlich gesehen wurde darauf hingewiesen, dass man sich mehr auf europäische anstatt auf nationale Gesetze konzentrieren müsse. Einig waren sich die Experten auch darüber, dass Fakten derzeit keine Rollen spielten – sie sprachen von Propaganda, der mit emotionaler Argumentation entgegengewirkt werden sollte. Das Helfa-Projekt nahm eine besondere Stellung ein und wird nun international. Es scheint auf viele Probleme eine Antwort zu bieten, ohne die charakteristische Kultur der Menschen zu verändern.

Am letzten Tag hat Superman noch ein Café aufgesucht, um dort positive Stimmung zu verbreiten. Das war das Highlight für die Besitzerin und die Kunden. Es war so toll, dass einige ihre Maske abgenommen haben – nicht nur um Fotos zu machen. Die Unterhaltungen liefen auf Englisch ab, trotzdem haben wir uns zusammengehörig gefühlt. Die Leute erzählten uns, dass die italienische Polizei den Menschen Angst machen soll, doch respektiere sie die Privatsphäre – im Gegensatz zu Deutschland.

Vor dem Rückflug sprangen wir ins kalte Meer. Es tat gut, wieder frei zu sein.
Ein paar Tipps bevor jemand auswandern möchte:

1. Wir haben kein rein deutsches Problem, dass wir allein mit einer neuen Verfassung oder neuen Gesetzen lösen könnten. Wir haben ein internationales Problem.
2. Ein Land zu verlassen, bedeutet nicht, dass Schwierigkeiten verschwinden.
3. Weder die Medien, noch die Bundesregierung können oder wollen die tatsächliche Situation im Ausland beschreiben.
4. Nicht überall wird die Grenze überwacht. Haltet also die Augen nach Überquerungsmöglichkeiten offen.
5. Es gibt Hoffnung. Immerhin haben wir einen Superman. Außerdem sind wir nicht allein – Menschen aller Länder vereinigen sich.



»Wer zahlt, schafft an!«

Über die Weisheit von Vielen | Von Hannes Henkelmann

Heute spreche ich mit Harald von Herget, Bundesvorstand und Gründungsmitglied der Partei Die Basis, über Schulkinder, Schauspieler und den demokratischen Rundfunk.

DW: Stellen Sie sich doch bitte kurz vor.
Harald von Herget: Ich bin Jahrgang 1963 und Vater von drei Kindern. Eine ist erwachsen und zwei sind in der Pubertät. Ich bin seit 26 Jahren Rechtsanwalt sowie Fachanwalt für Gewerblichen Rechtsschutz und Domain-Schiedsrichter.

Sie wohnen in Bayern. Am Starnberger See. Wie sieht es dort mit der viel gerühmten Lebensqualität aus?
Schon als junger Erwachsener wollte ich am Starnberger See leben. Die Landschaft, das Wasser und die Berge zu sehen, tut meiner Seele gut. Gerade in Zeiten wie diesen erdet mich das.

Seit wann und wie sind Sie im Widerstand aktiv?
Seit April 2020. Als mir ein Bekannter erzählte, dass sich unter dem Namen Widerstand2020 eine neue Partei gegründet hat und diese helfen könne, ein modernes, diskriminierungsfreies Familienrecht zu schaffen. Und im Mai 2020 bin ich zur Freiheitsbewegung gekommen, die für den Erhalt der Grundrechte und der Rechtsstaatlichkeit im Zusammenhang mit den Beschränkungen aufgrund der Covid-19-Maßnahmen eintritt. Später brachte mich ein Kollege aus Berlin zu Anwälte für Aufklärung. Und im Herbst 2020 gründete ich eine Eltern Stehen Auf-Ortsgruppe. Seit das Bayerische Kultusministerium die Covid-19-Testungen an Schulen anordnete, haben sich schlagartig so viele Eltern gemeldet, dass ich momentan keine neuen Mandate annehmen kann. Der Umstand, Schulleitungen ihre Schutzbefohlenen auffordern zu lassen, erst in die Schulräume zu gehen und nachher auf Covid-19 zu testen, birgt das Risiko der Verbringung von Viren in die Schulen sowie von Ansteckungen, die doch gerade vermieden werden sollen. Dies zeigt, dass die im Übrigen in mehreren Punkten rechtswidrige bayerische Verordnung zudem absurd und kontraproduktiv ist. Das Gleichbehandlungsgebot beziehungsweise Diskriminierungsverbot ist zudem verletzt, weil es Eltern von (beaufsichtigten) Schülern nicht einräumt, was Lehrer und Arbeitnehmer dürfen und sollen, nämlich den Test zuhause zu machen und mit negativer Erklärung in die Schule kommen.


Der Rechtsanwalt Harald von Herget ist Bundesvorstand der Partei Die Basis. Foto: Hannes Henkelmann

Jetzt sind Sie in der Partei Die Basis aktiv und auch in den Bundesvorstand gewählt worden. Warum soll ich im September mein Kreuz bei der Basis machen?
Von Beginn an war ich eingebunden im Team, das die Satzung der neuen Partei erarbeitete. Damals gab es ja den Namen Die Basis noch nicht. Den haben wir mit der Entscheidungsmethode des systemischen Konsensierens gefunden, ebenso das Logo. Ich bin in der Partei Die Basis, und nun im Bundesvorstand, weil ich dazu beitragen will, dass die Einigkeit in unserm Land wächst durch ein achtsames, vertrauensvolles und tolerantes miteinander Umgehen. Ich engagiere mich als Bürger, weil ich will, dass meine Kinder und wir alle, in einem freien und deshalb sicheren Land leben. Ihr Kreuz auf dem Wahlzettel machen Sie bitte bei Die Basis, damit im 20. Deutschen Bundestag Die Basis als starke Kraft für die Freiheitsrechte, die Machtbegrenzung der Parteien, den liebevollen Umgang mit Mensch und Natur und der Zunutzemachung der Weisheit der Vielen vertreten sein wird.

Sie setzen sich auch sehr für die Demokratisierung des Rundfunks ein. Warum liegt Ihnen das am Herzen?
Meine Doktorarbeit, Rundfunk und Grundgesetz, habe ich über die Auswirkungen der Digitalisierung der elektronischen Massenmedien auf den Rundfunkbegriff und die Folgen für die Rundfunkordnung geschrieben. Ein wichtiger Baustein der freiheitlichen Demokratie sind die freien und staatsfernen Medien. Die mangelnde Akzeptanz der Rundfunkgebühr ist durch die Umwandlung in einen Rundfunkbeitrag nicht größer geworden, sondern kleiner. Die Rundfunkanstalten sind nicht Staatseigentum, sondern das der Zivilgesellschaft. Die Rundfunkteilnehmer zahlen den Beitrag. Also sollen sie bestimmen dürfen. Wer zahlt, schafft an! Der Weg dahin ist eine Wahl des Rundfunkrates, die Demokratisierung durch Rundfunkwahl. Die Durchführung erfolgt ähnlich der Sozialwahlen. So wird die Legitimationslücke geschlossen. Dann können die öffentlich-rechtlichen Medien ihren wichtigen Beitrag zur freien politischen Willensbildung wieder erfüllen, ihre Zukunft und damit unsere Demokratie sichern.

Jetzt haben es 50 Schauspieler gewagt, mit hochprofessionellen und herrlich subversiven Filmchen den Corona-Hype zu kritisieren. Und wie schrieb Dirk Maxeiner so schön: Im geistigen Spießerbiotop herrscht jetzt Großalarm. Was denken Sie über diese Aktion?
Die Aktion allesdichtmachen ist eine sarkastische, künstlerische Aktion, die auf die öffentliche Willensbildung und damit die politische Meinungsbildung Einfluss nehmen will. Zugleich macht eine Berufsgruppe auf ihr Schicksal aufmerksam. Das ist legitim, das ist eine Ausdrucksweise von Schauspielern und im Sinne der Meinungspluralität in einer Demokratie zu begrüßen.

***WDR*-Rundfunkrat Garrelt Duin forderte offen Konsequenzen für die Schauspieler und erntet selbst einen *Shitstorm*.**
Zu Recht. Das Verhalten dieses SPD-Rundfunkrates offenbart ein totalitäres Denken, nämlich, dass der Staat die Kompetenz hätte oder haben müsste, Kritiker der Regierung, des Regierungshandelns mit Berufsverboten belegen zu dürfen. Das hatten wir schon in Deutschland, zum Beispiel mit dem Sänger Wolf Biermann wurde so umgegangen. Die Äußerung von Duin zeigt, wie notwendig und aktuell es ist, die Staatsferne des öffentlichen Rundfunks herzustellen, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu demokratisieren, den Parteien Rechte zu nehmen und den Rundfunkteilnehmern Rechte zu geben.

Briefe an die Redaktion

DANKESGRUSS

Reaktion von Freie Kirche des HUMOHRS, Tempel der fair-einigten Religionen und Gemeinschaft des ersten tragbaren schwarzen Lochs auf den Artikel »Angst kann nie die Lösung sein« von Hannes Henkelmann (Ausgabe 44): Danke Hannes. Was für ein großartiger Artikel. In so kurzer Zeit so viel fair-standen. – Michel B.

IMMUNSYSTEM

Was Menschen für Corona anfällig macht: Ein geschwächtes Immunsystem. Durch meinen kleinen Enkel (Kindergartenkind), der bei uns im Haus lebt, habe ich die Gelegenheit, mein Immunsystem gut zu trainieren mit allen möglichen Erkältungsviren. Ich hatte seit Jahren keinen Schnupfen und keine Erkältung. Das heißt, nicht unser Enkel gefährdet seine Großeltern, sondern wir Großeltern sorgen dafür, dass unser Enkel jede Menge guter Abwehrstoffe im Kontakt mit seinen Großeltern bekommt und dadurch kann unser Immunsystem durch ihn fit bleiben. Das ist eine *Win-Win*-Situation. – Kurt K., Heilpraktiker

ZEHN ANGEBOTE DES EVOLUTIONÄREN HUMANISMUS (AUSZUG)

1. Diene weder fremden noch heimischen »Göttern«, sondern dem großen Ideal der Ethik, das Leid in der Welt zu mindern.
2. Verhalte dich fair gegenüber deinem Nächsten und deinem Fernsten.
3. Habe keine Angst vor Autoritäten, sondern den Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen. – Antje S., ein freier, lebendiger Erdling

WILHELM VON HUMBOLDT

Was droht uns denn? Der totale, totalitäre, alles umgreifende Staat! Was tut also Not? Ihn zurückzudämmen auf seine eigentlichen Funktionen. Grundlegende Gedanken dazu hat Wilhelm von Humboldt entwickelt. Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staats zu bestimmen (1792): Es geht zuerst um die Frage, »zu welchem Zweck die ganze Staatseinrichtung hinarbeiten und welche Schranken sie ihrer Wirksamkeit setzen soll«. »Der wahre Zweck des Menschen ist die höchste und proportionierlichste Bildung seiner Kräfte zu einem Ganzen. Zu dieser Bildung ist Freiheit die erste und unerlässliche Bedingung.« Mit großem Dank für Ihre Arbeit. – Albrecht K.



ZEITUNGSWUNDER 20/21: Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand seit 17. April 2020 mit teils über 560.000 echt verteilten Exemplaren, einer Gesamtauflage von über 13 Millionen in 46 Ausgaben. Dank allen Beteiligten! Bild: Titel des DW N°21 vom 3. Oktober 2020.



Robert Habeck und Annalena Baerbock voll auf Linie: Business-Geschwurbel im Stile des Weltwirtschaftsforums *Collage: Ute Feuerstacke*

Wir sind die Roberter*

** frei nach Kraftwerk*

Ein Traktat der Grünen führt uns in die »schöne neue Welt« des Great Reset. | Von Herrmann Ploppa

Robert Habeck und Annalena Baerbock – das *Dreamteam* der angloamerikanisch geprägten Unternehmerzunft. Schon seit Wochen sind unsere einschlägigen Zentralorgane des real existierenden Risikokapitals nur noch voll des Lobes über das geniale Innovatorengespann an der Spitze der ehemaligen Umwelt- und Bürgerrechtspartei Bündnis90/Die Grünen.

Landauf, landab gibt es nur noch das Konterfei der designierten Merkel-Nachfolgerin Baerbock zu bestaunen. Und ganz plötzlich – oh Wunder – führen die Grünen in den Umfragen vor der CDU! Keine Frage. Die beiden Grünen-»Realos« hinterlassen ihre turbokapitalistische Duftmarke allerorten. Davon zeugt aktuell ein geniales Wahlkampfmanifest mit dem Titel »Zukunftsland – Mit Mut, Freiheit und Vielfalt für nachhaltige Innovationen«. Wir erfahren dort, dass die jetzige Bundesregierung längst überfällige Innovationen verschleppt durch »eingefahrene Muster und starre Förderstrukturen«. Wir hinken demnach den USA, China und Israel hinterher. Unsere Behörden, Schulen und soziale Einrichtungen seien noch nicht genug digitalisiert: »Vom Bremser der digitalen Transformation müssen unsere Behörden zu agilen Ermöglichern werden.«

Die verschiedenen Bereiche öffentlicher Dienstleistung müssten ab sofort für alle offen sein. Eine durchlässige Szene der Quereinsteiger mit vielfältigen Karrierewegen seien zu entwickeln. Das zu schultern ist Chefsache. Also Sache der künftigen Kanzlerin Annalena Baerbock. Ihr soll eine »interdisziplinäre Technologie Task-Force (TTF, wörtlich Aufgaben-Kraft)« zur Seite stehen, die auf ein »Digitalbudget« zurückgreifen kann. Elektronische Produktpässe sollen die Übersicht erleichtern. Also eine Art vom vielb schworenen »Internet der Dinge«?

DAS OLIVGRÜNE WAHLPROGRAMM

Und mehr noch der bündnisgrünen Heilslehre: »Chief Digital Officers« (CDO, wörtlich Chef-Digital-Offiziere) dürfen »eigenverantwortliche Reallabore« überwachen. Hochschulen sollen bislang ungekannte Digitalisierungsschübe durchmachen, indem ihnen eine »Digitalisierungspauschale« anvertraut wird.

Die Grünen versprechen Innovationsökosysteme: »Durch *Citizen Science* (Bürger-Wissenschaft) oder der Beteiligung von Bürger*innen in Experimentierräumen wird die Innovationskraft einer gesamten Gesellschaft gehoben und das Vertrauen in Forschung und Innovation gestärkt«, heißt es im Programm. Es wird also richtig spannend und aufregend in der schönen neuen Grünen-Welt, der sie den Namen »D.Innova« gegeben haben, ein amerikanisiertes Kofferwort aus dem D für Deutschland und der Erneuerung, der Innovation.

Es ist gar nicht zu bestreiten, dass Europa in vielen Bereichen den USA und vor allem China hinterherhinkt. Ob allerdings die einseitige Förderung profitorientierter Aktivitäten die Ursache oder die Therapie solcher Rückstände ist? Für die Grünen muss der profitorientierte Markt alles richten: »Wir brauchen veränderte Rahmenbedingungen, damit aus Hightech-Startups (Neugründungen in der Digitaltechnik) in Deutschland und Europa internationale Champions werden können.« Dazu brauchen wir exzellente Spitzenforschung und eine Agentur für »Sprunginnovationen SPRIND«. Wir sollen zudem unbedingt eine »Gender- und Diversitykompetenz« brauchen. Alles klar.

Und nach Ansicht der grünen Habeck-Roberter kommen wir wesentlich besser voran, wenn wir das öffentliche Vermögen der Bürger einem »Wagniskapitalfonds« unterwerfen, anstatt es einfach risikoscheu herumliegen zu lassen: »Durch Anreize und verbesserte Rahmenbedingungen werden wir verstärkt das Anlagevermögen deutscher Versicherer in Billionenhöhe für den Risikokapitalmarkt mobilisieren.« Es muss doch möglich sein, die Besten und Begabtesten mit viel Geld anzulocken: »Mehr Europa wagen, indem wir endlich den integrierten EU-Wagniskapitalmarkt verwirklichen wollen, mit einem europäischen Startup-Pass jungen Unternehmen grenzüberschreitendes Wachstum ermöglichen und durch ein europäisches Startup-Visum weltweit die besten Talente nach Europa locken und ihnen bei uns eine zweite Heimat geben.«

Wie wäre es, mit Verlaub gesagt damit, erst einmal Talente in Europa zu fördern? Oder ist eine gründliche öffentliche und kostenfreie Erziehung und Bildung des eigenen Nachwuchses zu wenig profitabel?

SOZIALER AUSVERKAUF PROFITORIENTIERT

Schließlich erfahren wir in dem »innovativen« Grünen-Papier Wissenswertes über das Sozialunternehmertum. Zeitgeist-kompatibler im Bündnisprogramm genannt: *Social Entrepreneurship*. Dafür soll es *Social Impact* Fonds geben, also wörtlich Soziale-Wirkungs-Geldmittel. Wow! Nun werden Sie sich fragen: Wo haben diese verwegenen grünen Vorkämpfer der Tausend Innovationen bloß so viele kluge Erkenntnisse her, die wir einfachen Alltagsmenschen gar nicht verstehen?

Nun, die Idee zum Sozialunternehmertum geht auf den Ravensburger Wirtschaftsprofessor Klaus Schwab zurück. In seiner Schwab-Stiftung werden jedes Jahr zusammen mit der Unternehmensberatungsfirma Boston Consulting die Sozialunternehmer des Jahres ausgezeichnet. Der Gedanke: Soziale Aufgaben, die bislang der Staat oder öffentliche Träger ausführen, können doch unter Profitmotiven viel besser durchgeführt werden. So organisiert Mohammad Yunus aus Bangladesch Mikrokredite für Bäuerinnen.

Auch die von der Unternehmensberatungsfirma McKinsey gegründete Ashoka-Foundation fördert Sozialprojekte, die profitorientiert arbeiten. Risikoanleger können in den USA mittlerweile ihr Geld in der Resozialisierung von Strafgefangenen anlegen. Da der ursprüngliche Name *Social Impact* Bonds nach dem Finanzdesaster von 2008 verbrannt war, nennen die Grünen diese radikale Kapitalisierung aller Sozialeinrichtungen jetzt »*Social Impact* Fonds«.

Wie wir schon wissen, ist Klaus Schwab Begründer des Weltwirtschaftsforums, das sonst immer in Davos tagte, sich dieses Jahr aber vom 17. Bis 20. August ganz physisch in Singapur trifft. Und das Forum zieht exklusiv die *Young Global Leaders* heran (wörtliche junge Weltführer), die dann rein zufällig irgendwann, wie Angela Merkel und Emmanuel Macron, Regierungschefs werden. Und rein zufällig ist auch Annalena Baerbock seit 2020 Zögling in dieser erlauchten turbokapitalistischen Kaderschmiede.

BAERBOCK IST KONZERN-ZÜCHTUNG

Auch ansonsten ist Baerbock ständig umgeben von Entrepreneur-freundlichen Beratern. Da ist zum Beispiel Michael Scharfschwerdt, der bei der amerikanischen Unternehmensberatungs- und Strategiefirma Kearney die Öffentlichkeitsarbeit managt. Baerbocks Gatte Daniel Holefleisch besorgt die Öffentlichkeitsarbeit bei Post DHL Group.

Das abgehobene Business-Geschwurbel des aktuellen Wahlkampfpapiers der Grünen dürfte seine Ursache in eben dieser »guten Vernetzung« der neuen Medienlieblinge Habeck und Baerbock haben. Hier wird eine neue Politikerkaste herangezüchtet, die weitgehend ohne Kontakt zur realen Welt auskommt. Eine Karriere der drei »S«: Kreißsaal, Hörsaal, Plenarsaal.

Baerbock wurde bereits als Sechzenjährige mit einem Schüleraustauschprogramm mit dem *American Way of Life* bekannt gemacht. Nach etlichen Aufenthalten in Washington, zum Beispiel beim German Marshall Fund of the US, vertritt Baerbock jetzt ausschließlich die Interessen der USA und will eine noch härtere Gangart gegen Russland und China vorgeben, als Frau Merkel. Das harmoniert dann hervorragend mit dem im neuen Strategiepapier vorgestellten Programm. Und das ähnelt wiederum ganz erstaunlich Schwabs Vorstellungen vom *Great Reset*.



Hermann Ploppa ist Buchautor und Chef des Wirtschaftsressorts dieser Zeitung.

Europa: Die Autisten in der Zirkuskuppel – ratlos

Europa irrlichtert zwischen den großen Machtblöcken herum und bugsiert sich ohne Not ins Abseits.
Ein Kommentar von Hermann Ploppa

Unsere abscheidende Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel war ja manchmal gar nicht so schlecht. Noch vor wenigen Jahren verstand sie es, trotz aller Gefälligkeitsadressen gen Washington auch den beiden Antipoden Amerikas zu signalisieren, dass man im – zuweilen recht lukrativen – Geschäft bleibt.

Da war die söderlich-königlich Bayerische Staatsregierung, die immer noch ihre ganz eigene blockfreie Außenpolitik betreibt. Seehofer und Söder sind auch dann zu Putin gepilgert, wenn die Bundesregierung sich in Schimpfkanonaden gegen den östlichen Bären mehr schlecht als recht übte. Und dass die Bayern in drei chinesischen Giga-Städten eigene Vertretungen unterhalten, hat auch nicht geschadet. Merkel selber hatte gegen den vehementen Erpressungsdruck aus Washington über zwei Milliarden Euro in die Asiatische Infrastrukturinvestmentbank als Einlage eingezahlt. Die AIIB ist immerhin die chinesische Herausforderung des Internationalen Währungsfonds.

Nun wird die Klappe dichtgemacht. Nein, man möchte keine guten Beziehungen zu Russland mehr. Nein, und auch keine zu China. Dabei ist die Volksrepublik China ein ganz, ganz wichtiger Geschäftspartner der Deutschen. Wo die deutschen Eliten gerade noch die Potentiale der chinesischen Seidenstraße für die Reaktivierung des Ruhrgebiets zu preisen wussten, da heißt es nun in einem Denkpapier des deutschen Außenministeriums laut Handelsblatt, dass China die Seidenstraße nutze, »um politischen Einfluss global auszudehnen, globale Standards und Normen nach eigener Vorstellung zu prägen und Industriepolitik, insbesondere durch Förderung von Staatsunternehmen, voranzutreiben.« Nein, wirklich? Unsere amerikanischen Freunde sind natürlich nie eigennützig. Dass China sich aber auch erfrecht, eigensinnig zu sein und die Standards und Normen, die die USA der Welt auf die Stirn gebrannt hat, zu missachten. Und Staatsunternehmen, das ist ja nun absolut pfui. Da muss man gleich mit einer deutschen Fregatte mal eben im südchinesischen Meer aufkreuzen.

KLARE KANTE GEGEN CHINA?

Nun halluziniert sogar die EU-Kommission davon, dem chinesischen Seidenstraßenprojekt eine eigene, 80 Milliarden Euro schwere »EU-Konnektivitätsstrategie« entgegenzusetzen. Auf EU-Höhe möchte man jetzt den bevölkerungsstarken China-Antipoden Indien in Stellung bringen. Indien ist gerade mit heftigen gesundheitlichen Problemen beschäftigt.

Doch die EU will mit Indien ein Freihandelsabkommen abmachen. Ungerührt vom humanitären Elend in Indien quatscht die EU die Inder an, sie sollten doch jetzt mal gefälligst den einheimischen Agrarsektor deregulieren. Viele Schutzregularien hatten bislang die Agrarpreise stabilisiert und den Bestand der kleinen Bauernhöfe garantiert. Das wurde jetzt sowieso schon geschleift, weshalb etwa zweihundert Millionen Bauern sich gegen die Modi-Regierung in Delhi erhoben. Ein sehr gelungener Augenblick also, Indien mit weiteren Vernichtungsverordnungen gegen die Kleinbauern zu kommen.

Die Bundesregierung ist ungeduldig mit Brüssel. Die Eurokraten sollen gefälligst eine einheitliche klare Kante gegen China zeigen. Aber wie soll das gehen? 27 höchst heterogene Staaten blubbern chaotisch durcheinander und gegeneinander. China hat doch gerade bei den ostmitteleuropäischen Staaten nicht nur einen einzigen Fuß in der Tür. Sechzehn Staaten haben dort feste Wirtschaftskooperationen mit China eingerichtet. Zudem hat Serbien eine Flussbrücke über die Drina von Peking geschenkt bekommen. Wann hat Serbien denn zum letzten Mal vom Westen etwas geschenkt bekommen? Ist das überhaupt mal passiert? Oder hat der Westen nicht vielmehr Serbien so einiges genommen?

Kurz und schlecht: Die EU halluziniert, die Bundesregierung hat zu viel Botox gefressen und sich dann im Spiegel angeguckt. Wer wie diese beiden Hallodris im Gestus einer abgeschminkten Kolonialherrin daherkommt und die eigenen noch verbliebenen Potentiale nicht mehr realistisch einzuschätzen vermag, braucht sich nicht zu wundern. Weder Indien noch China noch Russland sind auf diesen verkrauteten EU-Kleingarten angewiesen. Anstatt sich eine gesunde Distanz zu allen großen Machtblöcken solide und seriös zu erarbeiten und ein nur mittelstarker aber zuverlässiger Partner und Mittler zwischen den Großen zu sein, schmeißt sich Europa an die im Niedersinken befindliche USA und wird mit ihr unsanft verscheiden. Dass es so weit kommt, können wir energisch unterbinden.

CORONA: SOZIALE UNGLEICHHEIT NIMMT FAHRT AUF

Neue Zahlen und Erkenntnisse vom Statistischen Bundesamt und vom Präsidenten der Bundesbank | Von Hermann Ploppa

Nach nunmehr vierzehn Monaten Corona-Krise kann man sich ein klares Bild machen von den sozialen Verwerfungen, die in dieser Sondersituation entstanden sind.

So hat das Statistische Bundesamt im März dieses Jahres einige konkrete Zahlen bekanntgegeben. Es war zu erwarten, dass die Menschen, die sowieso schon am Existenzminimum leben und die schon in »besseren Zeiten« keinen Euro auf die hohe Kante legen konnten, unter den Bedingungen erzwungener Arbeitslosigkeit noch weiter in eine prekäre Lage geraten. So hat das Statistische Bundesamt festgestellt, dass für 44 Prozent aller Menschen, die bereits unter der Armutsgrenze leben müssen, die Wahrscheinlichkeit dauerhafter Armut sehr viel wahrscheinlicher geworden ist.

In den 1990er Jahren traf das noch auf etwa 20 Prozent der Armen zu. Die soziale Mobilität hat also abgenommen. Besonders betroffen sind hierbei wieder einmal Alleinerziehende, und das sind in der überwältigenden Mehrheit Frauen. Von ihnen ist ein Viertel zu langfristiger Armut verurteilt. Gering qualifizierte Arbeiter und Angestellte sowie Zuwanderer sind ebenfalls überproportional betroffen, mit etwa 17 Prozent. Aber auch Unternehmer sind von der Corona-Krise betroffen. Etwa zwanzig Prozent klagen über akute Geldnot.

Jetzt werden Fehlentwicklungen richtig verhängnisvoll, die bereits in den »Reformen« der Schröder-Fischer-Ära angelegt waren: Minijobber bekommen kein Kurzarbeiter- oder Arbeitslosengeld. Wer auf keine familiäre Unterstützung rechnen kann, fällt somit jetzt womöglich ins Bodenlose. Jahrelang bereits waren die Löhne immer weiter abgesenkt worden. Das Statistische Bundesamt fand durch Umfragen heraus, dass mittlerweile 75 Prozent der westdeutschen Mitbürger eine rasche Behebung der krasser werdenden Einkommensunterschiede verlangen. Bei den Ostdeutschen sind es 80 Prozent.

EINKOMMENSUNTERSCHIEDE WERDEN WEITER ZUNEHMEN

Auch der Präsident der Bundesbank, Jens Weidmann, machte sich kürzlich bei einer Tagung Gedanken über die rasant zunehmende Ungleichheit der Einkommen. So ergab eine Umfrage der Bundesbank, dass beim ersten *Lockdown* im Jahr 2020 etwa 40 Prozent aller Haushalte in Deutschland Einbußen bei Einkommen und Vermögen zu beklagen hatten. Das Geld verdampft nicht. So haben nämlich zur gleichen Zeit die Superreichen dieser Welt überdurchschnittliche Vermögenszuwächse verzeichnen können. Und die Einkommensunterschiede werden strukturell bedingt langfristig noch erheblich zunehmen. Denn die Vereinten Nationen haben in einer Studie festgestellt, dass von den coronabedingten Schul- und Universitätsschließungen 1,6 Milliarden Lernende weltweit betroffen sind. Jens Weidmann: »Das ist die größte Störung der Bildungssysteme in der Geschichte.«

Dadurch, dass diese Heranwachsenden künstlich daran gehindert werden, die Qualifikationen für gut bezahlte Berufe zu erwerben, würde ihnen nach Berechnungen der UNO ein potentielles Arbeitseinkommen in Höhe von zehn Billionen Dollar vorenthalten. Dennoch zeigt sich Weidmann zuversichtlich, dass diese strukturellen »Narben« verheilen werden, und führte als Beispiel die chinesische Metropole Wuhan an. Ob sich allerdings das effiziente Krisenmanagement in China auch auf die irrationale Desaster-Politik der deutschen Bundesregierung übertragen lässt, darf bezweifelt werden. Die Narben des deutschen Corona-Missmanagements sind jedenfalls nicht zu übersehen. Denn die deutsche Wirtschaft schrumpfte im ersten Quartal 2021 um weitere 1,7 Prozent gegenüber dem letzten Quartal 2020, was dem schwachen privaten Konsum zuzuschreiben ist. Die Verarmung der einstmals wohlhabenden und sozial abgesicherten deutschen Bevölkerung wird also noch weiter zunehmen, wenn die Merkel-Regierung die Daumenschrauben durch das Lockdown-Regime noch weiter anzieht – womit leider zu rechnen ist.

Da die großen Plattformen wie youtube, facebook und google Oppositionelle immer offener zensieren oder unauffindbar machen, stellen wir Ihnen hier eine kleine Linksammlung zusammen, mit der Sie direkt an Informationen gelangen können.

demokratischerwiderstand.de
demokratischegewerkschaft.de
kenfm.de
rubikon.news
corodoks.de
corona-ausschuss.de
mutigmacher.org
multipolar-magazin.de
ärzte-für-aufklärung.de
klagepaten.eu
miloszmatuschek.substack.com

*Diese »**Banken**« schlossen oder verweigerten dieser Wochenzeitung aus regierungspolitischen Gründen die Konten. In der vergangenen Woche sprerrte auch die Penta Bank ohne Vorwarnung vorübergehend unser Konto.*







MIT BLOCKCHAIN DIE KETTEN SPRENGEN

Foto: Larry Kummer

Der Demokratische Widerstand macht sich mithilfe von Kryptowährungen unabhängig vom Geldsystem der Finanzoligarchie. | Von Burak Erbasi

Das Great Reset-Regime und seine willfährigen Gehilfen ziehen die Schlingen immer enger, um auch in Deutschland unliebsamen Kritikern die Arbeit zu erschweren. Bereits drei Banken haben unserer Zeitung aus politischen Gründen die Konten gesperrt oder verweigert. Kürzlich hat auch die Penta Bank ohne Vorwarnung unser Konto lahmgelegt. Doch die Not macht erfinderisch und solang der Geist der Freiheit und des Widerstands in uns wirkt, werden wir immer wieder kreative Auswege finden, um den Unterdrückern die Stirn zu bieten.

Was also tun, wenn man als Zeitung, Verlag oder anderweitig regierungskritische Organisation vor dem Problem steht, dass einem der Geldhahn abgedreht wird und somit das Aus des Projekts droht? Um eine Zeitung am Laufen zu halten, die Kosten zu decken und das Projekt weiter auszubauen, sind nun mal finanzielle Mittel nötig. In unserem Geldsystem braucht es für die Abwicklung von Überweisungen ein Konto bei einer Bank. Wir sind letztendlich abhängig von der Gnade dieser zentralistisch gesteuerten Institute. Für überzeugte Demokraten und freiheitsliebende Bürger ist das kein fairer Ausgangspunkt.

BEFREIUNGSSCHLAG DURCH DEZENTRALE GELDSYSTEME

Bitcoin ist umstritten – zu Recht. Niemand sollte glauben, dass eine neue Technologie aus sich heraus Zustände wie Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit erzeugen kann. Die entscheidende Frage lautet immer: Wer nutzt die Technologie zu welchem Zweck? Das Internet wird zur Überwachung und zum krankhaften Datensammeln von Regierungen und privaten Unternehmen missbraucht. Das World Wide Web und die digitale Kommunikation haben uns aber auch ungeahnte Möglichkeiten zur Emanzipation, Selbstverwirklichung und grenzüberwindenden Vernetzung beschert. Die freien Medien und der global vernetzte Widerstand in ihrer jetzigen Form und Reichweite wären unvorstellbar ohne diese technologische Errungenschaft. Übertragen gilt das auch für die Blockchain: Wenn wir sie richtig zu nutzen lernen, können wir uns aus den Fesseln des Schuldgeldsystems und dem Diktat der Banken und Regierungen befreien.

ZAHLUNGEN OHNE BANKEN TÄTIGEN

Was hat es nun auf sich mit diesen neuartigen digitalen Zahlungsmitteln, die derzeit infolge eines Spekulationswahnsinns wieder in aller Munde sind – wie funktionieren sie und können wir ihnen wirklich trauen? Bitcoin ist das erste und bekannteste Geld seiner Art. Deshalb lohnt es sich zunächst einmal, den Blick darauf zu richten. Erwähnt sei hier, dass dieser Klassiker unter den Coins nur eine von vielen Ausprägungen der Blockchain-Technologie darstellt. Bitcoin ist ein digitales Zahlungsmittel, das seine Sicherheit und Zuverlässigkeit durch Verschlüsselung gewinnt.

Die Blockchain bildet die technische Basis für Kryptowährungen. Diese ist, wie der Name erahnen lässt, nichts anderes als eine kontinuierlich erweiterbare Liste von Datensätzen, die kryptografisch miteinander verkettet sind. Praktisch betrachtet eine chronologisch und logisch nachvollziehbare Transaktionshistorie. Der springende Punkt an der Sache ist, dass diese Buchungsliste im ganzen Netzwerk dezentral von unzähligen Knotenpunkten ständig aktualisiert und gespeichert wird. Eine Veränderung der Daten im Nachhinein oder Täuschungsversuche durch böswillige Intriganten würden dementsprechend sofort auffliegen. Banken und ähnliche Mittelsmänner, die die Geldflüsse überprüfen und verwalten müssen, werden dadurch nicht mehr gebraucht. Mittels dieser dezentralen Struktur können wir also von Person zu Person gleichberechtigt und ohne eine dritte Partei Geld verbuchen.

GELD ANONYM IN DIE GANZE WELT VERSENDEN

Nun drängt sich die Frage auf, wie es denn sein kann, dass gleichzeitig alle Transaktionen in dieser kontinuierlichen Verkettung von Datensätzen gespeichert werden, aber die Teilnehmer trotzdem anonym bleiben? Tatsächlich ist Bitcoin nicht anonym, sondern pseudonym. Jeder, der sich ein Wallet herunterlädt und auf dem Smartphone oder Computer installiert, kann zum stolzen Besitzer einer alphanumerischen Bitcoin-Adresse werden. Ganz ohne Gebühren, Angabe von persönlichen Daten oder Bonitätsprüfung.

Die Coins werden auch nicht, wie fälschlicherweise oft angenommen, auf einem Gerät oder bestimmten Ort gelagert, sondern befinden sich stets in der Blockchain. Der Eigentümer des privaten Schlüssels der Adresse ordnet nur Umbuchungen von A nach B an. Beim Versenden von Coins wird geprüft, ob eine anstehende Transaktion gültig ist: Besitzt die Ausgangsadresse tatsächlich den Betrag an Bitcoins, die sie versenden möchte? Falls ja, kann niemand mehr diese Transaktion verhindern, ohne zuvor das gesamte System übernommen zu haben, was wiederum aufgrund der dezentralen Struktur und dem immensen Rechenaufwand, der dafür nötig wäre, kaum zu bewerkstelligen ist. Des weiteren verhindert die zufällig erzeugte Adresse zwar eine direkte Zuordnung zum tatsächlichen Nutzer, wird für Außenstehende aber nicht komplett verschleiert – über das Internet kann nachgeschaut werden, wer an wen wie viele Coins gesendet hat. Abhilfe schaffen hier anonymere Coins wie etwa Dash oder Monero.

WIE BITCOINS ENTSTEHEN

Anders als bei Dollar und Euro ist die Anzahl der Bitcoins limitiert und kann nicht beliebig durch einen zentralen Akteur manipuliert werden. Aktuell existieren knapp 19 Millionen, während bedingt durch die Programmierung insgesamt nur 21 Millionen Coins geschöpft werden können. Ein Bitcoin kann in 100 Millionen Satoshi unterteilt werden. Niemand muss also einen ganzen Bitcoin erwerben, der aktuell für circa 46.000 Euro gehandelt wird. Ein Jahresabonnement des DW würde folglich dem Wert von 17.000 Satoshi entsprechen.

Ungefähr alle zehn Minuten entsteht durch das sogenannte Mining ein neuer Block und somit neue Bitcoins, die als Belohnung für die Arbeit des Miners ausgeschüttet werden. Die Aufgabe des Miners besteht darin, die Transaktionsanfragen zu überprüfen, in den neu entstehenden Block zu verpacken und gleichzeitig ein mathematisches Problem zu lösen, das dann als Beweis für die geleistete Rechenarbeit fungiert. Niemand muss auf die Gutmütigkeit eines Fremden hoffen – das System motiviert durch seinen Belohnungsmechanismus dazu, Rechenleistung bereitzustellen. Tausende Miner arbeiten gleichzeitig daran, die nächste mathematische Aufgabe als Erster zu lösen, um die Berechtigung zu erhalten, die Kette durch den selbst zusammengefügten Block zu erweitern und die Belohnung abzusahnen.

UNABHÄNGIGER JOURNALISMUS BRAUCHT KRYPTOWÄHRUNGEN

»Wer die Wahrheit sagt, wird aus neun Dörfern vertrieben«, lautet ein türkisches Sprichwort. Wir zählen zwar erst vier Banken, die sich dem Druck des Faschismus gebeugt haben und uns davon abhalten möchten, Spenden zu sammeln, doch schon bald kann es sein, dass uns der herkömmliche Weg dieses Projekt zu finanzieren, komplett versperrt wird. Daher bitten wir euch, liebe Leserinnen und Leser, sich mit dem Thema Kryptowährungen auseinanderzusetzen und uns bei Möglichkeit mit Bitcoin oder Dash zu unterstützen. Einfache Anleitungen wie man sie kaufen kann, lassen sich problemlos im Internet finden. Die QR-Codes zum Scannen oder die ausgeschriebenen Adressen, auf die Sie die Coins überweisen können, finden sie neben diesem Text. Weitere Coin-Adressen finden Sie auf unserer Homepage. Ergänzende Ausführungen und Erklärungen folgen mit den nächsten Ausgaben des DW.

UNSERE SPENDEN-QR-CODES ZUM SCANNEN

BITCOIN

3FyecLmLurGH59q7DQJLCSDinYndGyEyWt

DASH

Xp8mWjoHGh51cLP1LknhivCYy7fCNTTfQM

DIE PERSPEKTIVEN DER FREIHEITSBEWEGUNG

Warum der Gegner zwar mächtig ist, aber noch keineswegs gesiegt hat.

Von Eric Angerer

Die wirtschaftliche und soziale Krise des Kapitalismus, die durch die Corona-Maßnahmen deutlichere Form annimmt und auf einen Großangriff auf die Arbeiterklasse und eine Enteignung der Mittelschichten hinausläuft, hat ihren Höhepunkt keineswegs erreicht. Das Schlimmste steht noch bevor.

Allein in Österreich werden zehntausende Kleingewerbetreibende mit der Vernichtung ihrer Existenz konfrontiert sein, viele von ihnen werden immer weniger zu verlieren haben und ihre Wut auf die Straße tragen. Hunderttausende Jugendliche werden nicht nur unter den staatlichen Notstandsmaßnahmen leiden, sondern auch kaum Chancen auf eine berufliche Perspektive haben – das kann für das Regime explosive Folgen haben. Hunderttausende Lohnabhängige werden ihre Jobs verlieren oder sinkende Einkommen aufgezwungen bekommen, ihre Wohnungen nicht halten und ihre Kinder immer weniger versorgen können – durch ihre Zahl und ihre Stellung in der Gesellschaft kommt ihnen besonderes Gewicht zu.

Dass die Demokratie- und Freiheitsbewegung aus diesen sozialen Gruppen in den nächsten Monaten immer wieder neue Kraft bekommen wird, ist sehr wahrscheinlich. Es ist auch durchaus möglich, dass Demonstrationen in Kombination mit wirtschaftlicher Krise und steigendem Unmut in der Bevölkerung erzwingen, dass die eine oder andere Maßnahme zurückgenommen oder abgeschwächt wird – oder womöglich gar eine Regierung zusammenbricht.

Aber man soll sich nicht täuschen: Der Gegner ist mächtig. Hinter den Corona-Regimes und dem *Great Reset* stehen mehr oder weniger das gesamte Großkapital und seine globalistischen Institutionen. Wenn eine Maßnahme oder eine Regierung weg ist, ist die Agenda dieser Leute keineswegs vom Tisch. Es wird nur zu leicht eine neue Regierung aus dem globalistischen Parteienkartell installiert, die dieselben Absichten mit ähnlichen Maßnahmen verfolgt – beispielsweise eine Merkel ersetzt durch eine Baerbock, aufgebaut vom *Young-Leaders*-Programm des Weltwirtschaftsforum (WEF).

Aber selbst diese mächtigen Konzerne und Netzwerke sind nicht allmächtig. Mit der bevorstehenden Vertiefung der ökonomischen und sozialen Krise und einem wachsenden Widerstand aus den Bevölkerungen können auch in der globalistischen herrschenden Klasse Risse und Widersprüche auftreten.

NOT »ÜBER DAS GEWOHNTE MASS HINAUS«

Lenin definierte 1915 eine revolutionäre Situation durch eine Kombination mehrerer Aspekte: Die herrschende Klasse kann ihr System nicht mehr in unveränderter Form aufrechterhalten. Die Empörung der unterdrückten Klassen verbindet sich mit Friktionen in der politischen Führung der herrschenden Klasse. Die Not der unterdrückten Klassen verschärft sich »über das gewohnte Maß hinaus«. Durch die Verhältnisse der Krise steigert sich die Aktivität der Massen beträchtlich.

Wenn man sich an diesen Überlegungen orientiert, kann man feststellen, dass etliche dieser Aspekte bereits erfüllt sind oder bald erfüllt sein werden. Dass sich die Aktivität der Massen beträchtlich steigert, ist wahrscheinlich, die Friktionen in der herrschenden Klasse sind durchaus möglich. Umso beschämender, dass die allermeisten der Linken, die jahrzehntelang in studentischen Subkulturen von Revolutionen fantasiert haben, nun, wo ein Generalangriff des weltweiten Kapitals auf die arbeitenden Klassen anläuft und sich Widerstand dieser Klassen formiert, als Lakaien oder sogar Scharfmacher der Herrschenden agieren.

WIDERSTANDSSTRUKTUREN MIT ARBEITERKLASSE, WÜTENDEN JUGENDLICHEN, GEWERBETREIBENDEN

Wenn man von einer Zuspitzung der sozialen und politischen Konflikte ausgeht und einen realistischen Blick auf die Macht der Globalisten hat, ist es wichtig, sich über die Perspektiven der Demokratie- und Freiheitsbewegung Gedanken zu machen. Hier können nur einige grundlegende Punkte angerissen werden:

Erstens wird die Arbeiterklasse die wesentliche Trägerin des Widerstandes sein. Sie ist zahlreich und – im Unterschied zu den meisten Akademikern und Staatsdienern – von der *Mainstream*-Propaganda vergleichsweise wenig beeinflusst und weniger korrumpiert. Vor allem aber hat sie durch ihre Stellung im Produktions- und Zirkulationsprozess des Kapitals eine entscheidende Funktion. Ohne sie wird nichts produziert, gebaut oder transportiert, und sie hat das Potenzial, den Globalisten in den Arm zu fallen. Eine wichtige unterstützende Rolle in der Widerstandsbewegung kann wütenden Jugendlichen und Gewerbetreibenden zukommen.

Zweitens sind die Verbreitung von politischer Aufklärung durch die unabhängigen Medien der Demokratie- und Freiheitsbewegung sowie Demonstrationen sehr wichtig. Aber das reicht nicht. Das Lesen von kritischen Texten aktiviert noch nicht. Demos können, das lehrt jede historische Erfahrung, nicht ständig auf einem hohen Niveau gehalten werden. Sie haben Konjunkturen, können entweder Ziele durchsetzen und sich weiterentwickeln oder sie verlieren wieder an Teilnehmerzahl. Notwendig sind dauerhafte Widerstandsstrukturen in Betrieben, in Wohnvierteln und von Jugendlichen.

Drittens handelt es sich vorerst mal um einen Abwehrkampf gegen die *Great Reset*-Offensive des globalen Kapitals, die Freiheitsbewegung braucht aber nicht nur defensive Antworten, sondern auch eigene positive Vorschläge als Alternative zu Schwab, Gates und ihren globalistischen Netzwerken.

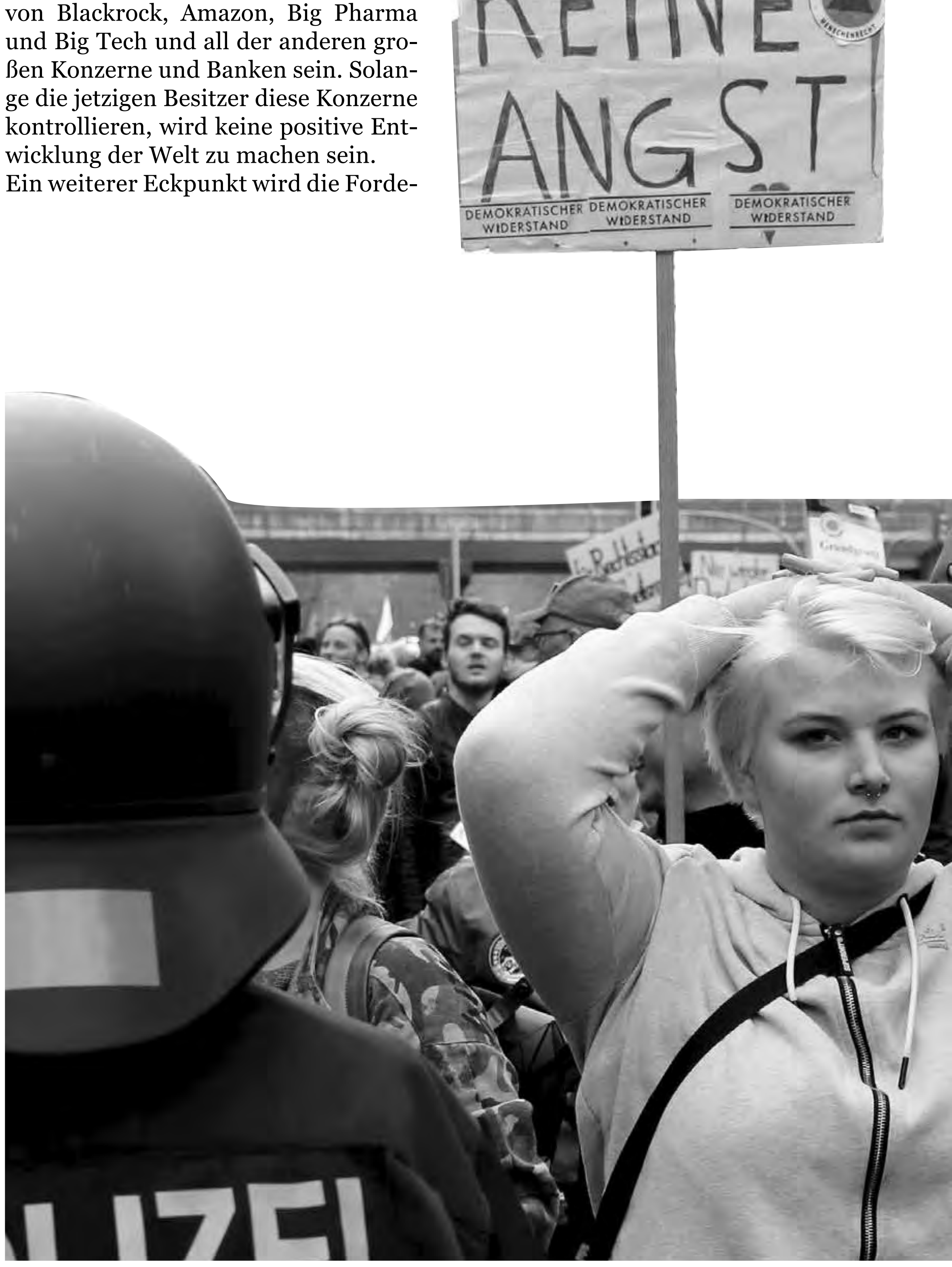
FORDERUNGEN: VERGESELLSCHAFTUNG DER KONZERNE, DIREKTE DEMOKRATIE

Ein zentraler Punkt muss für die Freiheitsbewegung die Forderung nach der Enteignung und Vergesellschaftung von Blackrock, Amazon, Big Pharma und Big Tech und all der anderen großen Konzerne und Banken sein. Solange die jetzigen Besitzer diese Konzerne kontrollieren, wird keine positive Entwicklung der Welt zu machen sein.
Ein weiterer Eckpunkt wird die Forderung nach einer massiven Ausweitung der direkten Demokratie sein müssen, sodass sämtliche relevanten Entscheidungen von der Bevölkerung des jeweiligen Landes getroffen werden.

Und schließlich ist eine Positionierung zu den verschiedenen Punkten der *Great Reset*-Agenda notwendig, also etwa zu den von WEF-Schwab bejubelten Möglichkeiten der Verschmelzung von biologischer und digitaler Identität und gentechnischer Manipulation von Menschen, Impftechnologie.

Unter Kontrolle einer kapitalistischen »Elite« von Superreichen sind diese Dinge ein autoritärer und menschenfeindlicher Alptraum, der bekämpft werden muss. In einer wirklich freien Gesellschaft sollten die genannten Möglichkeiten ausführlich diskutiert und von den Völkern demokratisch entschieden werden.

Insgesamt ist es wichtig, dass in der Demokratie- und Freiheitsbewegung eine Debatte in Gang kommt – einerseits zur Perspektive des eigenen Kampfes und andererseits zu positiven gesellschaftlichen Alternativen zu den dystopischen Plänen der Globalisten.



Eine entschlossene Demokratin demonstriert am 21. April in Berlin gegen das Ermächtigungsgesetz.

»Wenn nicht jetzt, wann dann?«

Basisdemokratie als Zukunftsmodell – ein Gespräch mit Henning C. Hacker, Berliner Landesvorstand und Gründungsmitglied von Die Basis

DW: Was war für dich der ausschlaggebende Moment, politisch aktiv zu werden?

Henning C. Hacker: Der entscheidende Punkt, mich im Rahmen von Widerstand 2020 zu engagieren, waren die Grundrechtseinschränkungen. Aus meiner Sicht waren die Maßnahmen erkennbar unverhältnismäßig, und ich war schockiert, dass das Bundesverfassungsgericht nicht reagierte. Als es dann zur Abspaltung bei Widerstand 2020 kam, dachte ich: Wenn nicht jetzt, wann dann? Wir müssen eine vernünftige parlamentarische oder zumindest eine außerparlamentarische Opposition bilden, um die Menschen zu motivieren, sich selbst zu engagieren.

Was bedeutet basisdemokratisch? Ist das identisch mit direkter Demokratie? Wie kann Basisdemokratie konkret umgesetzt werden?

Die beiden politischen Modelle sind nicht deckungsgleich, liegen aber sehr eng beieinander. Bei direkter Demokratie wird einzeln direkt abgestimmt. Das muss bei einer Basisdemokratie nicht zwangsläufig so sein, aber es muss Mechanismen der Beteiligung geben. Volksentscheide nach Schweizer Modell sind sicherlich erste Ansatzpunkte, doch damit soll es noch lange nicht aufhören. Wir wünschen uns einen ständigen Diskurs der Bevölkerung, der in konkreten Entscheidungen mündet. Heutzutage sind wir so weit, dass man über telekommunikative Medien mehr Menschen einbeziehen kann, dass nicht nur Information vermittelt, sondern die Bürger sich auch interaktiv beteiligen können. Dafür gibt es verschiedene technische Modelle. Ein interessantes Tool ist die *Democracy App*, auch wenn man da natürlich die Sicherheit und den Datenschutz im Auge behalten muss.



Foto: Hannes Henkelmann

Als eine eurer Leitsäulen nennt ihr die Schwarmintelligenz. Bezeichnet sie die basisdemokratische Entscheidungsfindung? Glaubst du, die Mehrheit der Bevölkerung ist reif für Basisdemokratie?

Ja, wobei ich Schwarmintelligenz eher als die Intelligenz der Vielen beschreiben würde. Das heißt, wenn sich viele Menschen mit verschiedenen Perspektiven einbringen, ergibt die Summe dieser am Ende einen relativ umfassenden Blick auf die Dinge. Ich glaube, grundsätzlich ist der Mensch auch in größerem Rahmen zu Eigenverantwortung bereit. Letztendlich ist das eine Frage der Informationsgewinnung und der Möglichkeiten der Miteinbeziehung, also eine eher technische Frage. Ich denke, es muss den Bürgern zumindest das Angebot gemacht werden, bei für sie relevanten Themen mitreden zu können.

Viele Menschen sagen, das Parteiensystem ist mittlerweile überholt. Also warum jetzt doch der Weg durch die Institutionen? Was will Die Basis anders machen?

Das Parteiensystem mit den Altparteien, so wie wir es jetzt vorfinden, halte ich für nicht wirklich zukunftstauglich. Aber Partei an sich bedeutet erst einmal nur eine Vereinigung von Menschen, die gemeinschaftlich politisch wirken wollen und sich dazu intern demokratische Regeln geben. Diese Regeln können unterschiedlich gestaltet sein und müssen nicht den Strukturen der Altparteien folgen. Auch wenn es unsere Vision eher ist, Parteien in Zukunft überflüssig zu machen, glauben wir, dass wir momentan in Form einer Partei bereits eine andere Art des Umgangs miteinander praktisch leben können.

Welche Strategien verfolgt Die Basis, um Wähler zu erreichen?

Wir sind auf fast allen sozialen Medien präsent, zudem auf der Straße aktiv und werben auch mit Flyern und Plakaten. Wir haben viele Infostände in den Bezirken von Berlin, auch wenn es auf diesem Weg gerade schwerer ist, die Menschen zu erreichen, weil das öffentliche Leben so stark heruntergefahren ist.

Befürchtest du, dass der *Mainstream* Die Basis diffarmieren oder totschweigen wird?

Wir nehmen leider bereits wahr, dass diffamierend über uns berichtet wird, indem man uns zum Beispiel Rechtsoffenheit vorwirft. Die Medienlandschaft ist leider aktuell sehr von Einseitigkeit und einer nicht neutralen Berichterstattung geprägt. Allerdings sieht das in den neuen alternativen Medien und erfreulicherweise auch in vielen Regionalzeitungen ganz anders aus.

Manche befürchten, dass Die Basis vom Verfassungsschutz unterwandert wird, um sie zu spalten und klein zu halten. Wie kann so etwas verhindert werden?

Natürlich ist eine teilweise Unterwanderung leider nie komplett zu verhindern. Wir halten das jedoch für unwahrscheinlich, weil die Entscheidungen immer vom Schwarm getroffen werden, das verhindert eine zu große Machtkonzentration einzelner Personen. Gleichzeitig halte ich es für paradox, dass gerade wir vom Verfassungsschutz verdächtigt werden sollen, die wir doch gerade für die Verfassung einstehen. Wir sehen aber leider, dass ein gewisses *Framing* in diese Richtung in den Medien betrieben wird.

Wie seht ihr die Demonstrationen von Querdenken?

Wir stehen für einen offenen politischen Diskurs und nicht für die Einseitigkeit, die wir derzeit in den *Mainstream*-Medien präsentiert bekommen, insofern haben wir auf jeden Fall große Überschneidungen mit Querdenken. Unter unseren Mitgliedern sind einige bei Querdenken aktiv. Dass Versammlungsfreiheit ein hohes Gut ist, das unmittelbar zur Demokratie dazugehört, sehen wir auch und halten es daher für essenziell, uns auf der Straße zu beteiligen.

Welche Chancen rechnest du dir für die Wahlen am 26. September aus?

Ich bin optimistisch, dass wir die fünf Prozent-Hürde knacken, denn wir sehen die Zustimmung in der Bevölkerung definitiv im zweistelligen Bereich. An der Bekanntheit müssen wir noch arbeiten, gerade weil die großen Medien uns am liebsten totschweigen. Wir sehen aber trotzdem erfreut, dass die Suchanfragen im Internet rapide steigen.

In einem Satz: Warum sollte man Die Basis wählen? Und gibt es noch etwas, was du den Menschen mitteilen möchtest?

Die Basis sollte man wählen, wenn einem die Grundrechte sowie ein sachlicher und offener Umgang mit gesellschaftspolitischen Themen wichtig sind und wenn man für mehr Eigenverantwortung und Mitbestimmung der Bürger in der Politik ist. Ich möchte auch betonen, dass wir eine Mitmachpartei sind. Alle sind herzlich willkommen, egal welcher Partei sie vorher angehörten, solange sie sich mit den freiheitlich-demokratischen Grundwerten und mit unseren Säulen identifizieren können.

Die Fragen stellte Ronja Palmer.

Fortsetzung von Seite 1

GUTE IDEEN BRAUCHEN WEDER DRUCK NOCH ZWANG

Die Demokratiebewegung wird also die »Disruption«, diese gewollte Zerstörung durch die Regierung, nutzen, um gemeinsam das Bewährte zu schützen und etwas Besseres zu erschaffen. Und zwar nichts Geringeres als eine gerechtere, demokratische, friedliche und freie Welt.

Eines ist klar: Dieses Ziel erreicht die Demokratiebewegung nicht, indem wir den Bock zum Gärtner machen und genau diejenigen Unternehmen, Parteien, Medien und Organisationen, die uns immer wieder in den Niedergang des Kapitalismus geführt haben, mit unserer Rettung betrauen. Die, die derzeit vorgeben, uns in eine bessere Welt führen zu wollen, haben dafür keine demokratische Legitimation – sondern das Leid zu verantworten. Wir verbliebene und aufrichtige Demokraten müssen unbedingt verhindern, dass die Digitalisierung weiterhin zum Reichtum einiger weniger beiträgt und diese als Gegenleistung die totale Kontrolle und Überwachung ermöglichen, damit das Volk den Palästen der Mächtigen ja nicht zu nahe kommt.

SELBSTBESTIMMT, EIGENSTÄNDIG UND FREI

Gleichzeitig müssen wir unsere Mitmenschen dazu bringen, nicht blind einem Anführer oder einer Partei zu folgen – mag es auch noch so bequem sein – sondern selbstbestimmt, eigenständig und frei zu entscheiden. Denn gute Ideen brauchen weder Druck noch Zwang, sie beginnen ganz von alleine abzuheben. Dazu zählt die Verfassungsgebende Versammlung, mit der sich die Deutschen in den Grenzen von 1990 neu verständigen – und zwar von unten her ohne berufspolitische Anleitung oder Genehmigung.

Die Aufgabe, ein menschlicheres Zusammenleben und -wirken zu ermöglichen scheint riesengroß und schier unlösbar, doch brauchen wir uns davon nicht abschrecken zu lassen. Denn wir haben schon längst angefangen, gemeinsam erste Schritte zu setzen. Es geht um unser Leben und um die Zukunft der nachfolgenden Generationen.

Die internationale Demokratiebewegung darf kein geringeres Ziel haben, als weltweite Machtstrukturen langfristig aufzubrechen. Das braucht Zeit, Ausdauer und Mut. Es wird eine Lösung geben, wie wir die Unterdrückung der Gesellschaften, die seit Jahrtausenden selbst über Revolutionen hinweg andauert, beenden. Auf dem Weg dahin werden wir uns verlaufen, Umwege gehen müssen und einige von uns werden sogar auf der Strecke bleiben. Aber wir werden gemeinsam auch vorankommen, freie Lichtungen, erholsame Zwischenstopps und erhebende Ausblicke entdecken. Jedenfalls sollten wir uns kein geringeres Ziel setzen, als der Menschheit mehr Menschlichkeit zu ermöglichen.

Sophia-Maria Antonulas und Anselm Lenz

KZ, RKI und NDR



Markus Fiedler ist Diplombiologe mit Fachgebiet Mikrobiologie und Genetik und Naturwissenschaft-Ressort-Leiter.

KZ und RKI? Was haben Konzentrationslager aus dem Dritten Reich mit dem Robert Koch-Institut zu tun? | Ein KOMMENTAR von Markus Fiedler

Die Gründungsväter der Bundesrepublik haben uns mit dem Grundgesetz ein sehr starkes Werkzeug mitgegeben. Es dient uns als Verteidigung gegen Totalitarismus und Diktatur. Insbesondere die bestialischen Menschenversuche eines Dr. Josef Mengele in den Konzentrationslagern führten dazu, dass in unserem Grundgesetz der Artikel 2 unsere Freiheitsrechte als Abwehrrechte gegen den Staat formuliert. Darin lesen wir: »Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.« Und genau das wird jetzt durch ein einfaches Gesetz, dem Paragraphen 28b des Infektionsschutzgesetzes eingeschränkt. Dr. Mengele war allerdings nicht der einzige, der Menschen im KZ als Versuchskaninchen missbraucht und ermordet hat.

Am 1. Mai hielt ich eine Rede in Hannover auf der Querdenken-Demo. Darin habe ich das Robert Koch-Institut im Zusammenhang mit dem Dritten Reich erwähnt. Der NDR war auch anwesend und hat alles mitgefilmt. Noch am selben Tag um 19 Uhr empörte sich die Journalistin Amelia Wischnewski in der Sendung »Hallo Niedersachsen« im NDR-Fernsehen über die von mir hergestellte Verbindung mit den Worten: »Von der Bühne kamen dann aber doch sehr, sehr starke Töne. Das Robert Koch-Institut wurde in einen Vergleich gesetzt mit dem Nationalsozialismus und einem gewissen Arzt der dort Menschenversuche gemacht habe.«

Ich habe daraufhin eine Presseanfrage an den NDR und Frau Wisnewski gestellt und unter anderem angefragt: »Habe ich zum Robert Koch-Institut falsche Behauptungen oder auch sogenannte *Fake News* verbreitet? Gibt es ein von mir genanntes Detail zum RKI, das nicht korrekt war? Falls ja, bitte das Detail benennen.«

Bis zum gesetztem Termin, dem 4. Mai, ist hier kein Antwortschreiben des NDR eingegangen. Das eisige Schweigen wird seinen Grund haben. Wenn die selbsternannten Qualitätsjournalisten des öffentlichen Rundfunks wenigstens einmal recherchiert hätten wäre ihnen folgendes aufgefallen. In meinem Redebeitrag gab es folgende Stelle: »Nicht nur Mengele, ich erinnere da zum Beispiel an ein Robert Koch-Institut, das genau mit solchen Sachen, nämlich mit Menschenversuchen im Zusammenhang mit Impfungen im Dritten Reich Versuche gemacht hat. Und jetzt ist das Robert Koch-Institut wieder federführend, indem es die Daten liefert, damit wir alle durchgeimpft werden können.« Sprachlich vielleicht etwas holprig, aber wie konnte ich es nur wagen, das RKI mit dem Dritten Reich in Verbindung zu setzen?

Wir lesen dazu direkt auf den Internetseiten des Robert Koch-Instituts: »Das RKI arbeitet [im Dritten Reich] eng mit weiteren zivilen, aber auch militärischen Stellen zusammen. Im Rahmen dieser Forschung finden Menschenversuche in Heilstätten und Konzentrationslagern statt, die RKI-Mitarbeiter zum Teil selbst organisieren und die hunderte Menschenleben fordern. Infektionsversuche mit Malaria, experimentelle Typhusbehandlungen, Impf-Experimente mit Gelbfieber, Ruhr, Parodontose und Fleckfieber. Eugen Gildemeister testete Fleckfieber-Impfstoffe im KZ Buchenwald, mit tödlichen Folgen, sagt Hinz-Wessels. Zur Rechenschaft gezogen wird er dafür nie.«

Wenn so ein Institut wie das RKI schon im Dritten Reich derart enthemmt aufgetreten ist, dass einem der Brechreiz kommt, dann könnte ich doch erwarten, dass so ein regierungstreuer Laden in der Gegenwart vorsichtiger auftritt. Weit gefehlt! Der investigative Journalist Langemann hat am 30. April diesen Jahres auf der Website clubderklarenworte.de eine Akte zum RKI hochgeladen. Das Dokument zeigt deutlich, wie das RKI für die Bundesregierung mit Politologen und Wirtschaftswissenschaftlern im April 2020 ein Corona-Strategiepapier entwirft, das einen Lockdown vorbereiten und rechtfertigen soll. Hier zeigt sich ganz deutlich, dass das Handeln des RKI auch heute hochpolitisch und nicht medizinisch und naturwissenschaftlich motiviert ist.

Und jetzt wurde eindeutig grundgesetzwidrig der Artikel 2 des Grundgesetzes beschränkt, initiiert von der Kanzlerin, mit Mehrheit der angeblich demokratischen Parteien CDU und SPD im Reichstag. Das führt automatisch zur Möglichkeit von Zwangsimpfungen in der demokratischsten deutschen Republik, die es je gab. »Ick kann jar nich so ville fressen, wie ick kotzen möchte.« (Max Liebermann, 1933)

Wie gefährlich die Covid-Impfungen sind, haben wir in den letzten Ausgaben des Demokratischen Widerstands immer wieder mit aktuellen Zahlen zu Impfnebenwirkungen vor Augen geführt. Das soll auch diesmal nicht fehlen. Hier die aktuellen Zahlen vom 3. Mai 2021 im Detail: In Europa und angrenzenden Ländern (EU und EEA) wurden insgesamt 140.873.741-mal Personen geimpft. Insgesamt gibt es 382.603 gemeldete Nebenwirkungen, also sogenannte »Verdachtsfälle«. Bisher verzeichnen wir 7.200 Tote im Zusammenhang mit Impfungen. Der Impfstoff von Astrazeneca, der insgesamt nur zu einem Fünftel verimpft wurde, hat seit zwei Wochen die unrühmliche Führung in der Nebenwirkungsstatistik übernommen. Das deutet darauf hin, dass dieser Impfstoff deutlich gefährlicher ist, als alle anderen Impfstoffe. Und die restlichen Impfstoffe sind alles andere als harmlos, das geht aus den Daten auch hervor.

Professor Didier Raoult, Direktor der IHU Méditerranée Infection aus Frankreich sagt über den Biontech/Pfizer-Impfstoff: »Es gibt Arbeiten, die gerade in Nature veröffentlicht wurden und zeigen, dass der Pfizer-Impfstoff zu 70 Prozent Nebenwirkungen hat. Das hatten wir bei einem Impfstoff noch nie gesehen: Es ist zwei- bis dreimal so häufig als wie beim Impfstoff gegen die Grippe. Es gibt auch einige tödliche Auswirkungen.«

70 Prozent Nebenwirkungen? Tote? Das unterstreicht, dass wir es hier mit nicht ausgereiften, experimentellen Impfstoffen zu tun haben. Und solche Experimente werden heute abermals nicht an Labormäusen sondern an Menschen, in diesem Fall an der nichts ahnenden Bevölkerung durchgeführt. Man verkauft es ihnen mittels Dauerwerbung für Impfungen auf allen medialen Kanälen als fürsorgliche Gesundheitsmaßnahme des Staates. Das ganze stinkt nach Korruption ganz im Sinne der Pharmaindustrie. Und wie gesagt, das Robert Koch-Institut ist hier bei Menschenversuchen wieder an führender Stelle mit dabei.

Die »Qualitätsjournalistin« Amelia Wischnewski vom NDR passt selbstverständlich ins inzwischen gewohnt desolate Bild von oberflächlichen Journalistendarstellern des ÖR. Ihre Karriere führte wie bei so vielen auch über die Henri-Nannen-Schule. Dort war sie im 35. Jahrgang 2013/14. Ihre erste Reportage für den NDR wird am 3. September 2020 unter anderem auf Twitter vom NDR gefeiert. Eine ganz junge Kollegin also. Da kann man nun wirklich nicht erwarten, dass Sie über die Machenschaften des RKI zur Nazizeit Bescheid weiß. Nein, man kann aber Recherche von einer Journalistin erwarten. Sie hätte einfach einmal »RKI« und »Drittes Reich« in eine Suchmaschine ihrer Wahl eingeben können und auf die allerersten und prominentesten Ergebnisse klicken können. Und genau dazu scheint sie nicht in der Lage zu sein. Fehlende Recherche zieht sich wie ein roter Faden durch die noch kurze Vita der Kollegin.

Sie führte da zum Beispiel ein ganz und gar linientreues Interview mit der Sozialpsychologin Julia Becker zum Thema »Verschwörungstheorien«. Diese wiederum wirft neue Derivate davon in den Raum wie »Verschwörungsmythen« und »Verschwörungsideologien«. Nachfrage dazu von Wischnewski? Keine. Frau Wischnewski übernimmt die Begriffe und fragt in dem Interview: »Bei offenbar großen Teilen der aktuellen Corona-Gegner spielen Verschwörungsideologien eine Rolle: Bill Gates wolle die Menschheit reduzieren und alle Menschen mit einem Chip versehen ist ein vielgehörtes Beispiel. Wie verbreitet ist so ein Denken?«

Was sind »Corona-Gegner«? Menschen, die gegen das Virus sind? Meinte sie Corona-Maßnahmengegner? Wir wissen es nicht. Beantworten wir aber ihre Frage.

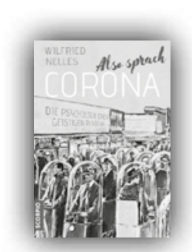
Es geht beim genannten Thema nicht nur um Chips im eigentlichen Sinne. Die Gates-Stiftung investierte beispielsweise 2012 und 2014 in die Firma Microtec 22 Mio. Dollar für Chipimplantate zur »Familienplanung«. Derzeit geht es vor allem um sogenannte Quantentattoos. Wissenschaftler arbeiten daran, finanziert von der Bill- und Melinda Gates Stiftung. Diese Tattoos dienen zur digitalen Erfassung eines jeden Menschen in Verbindung mit Mikroinjektionen und Impfungen. Dazu gibt es beispielsweise einen sehr informativen Artikel von Norbert Häring auf der Website free21.org. Und dass Bill Gates mittels Impfungen die Weltbevölkerung reduzieren will, hat er selbst so häufig erklärt, dass es die Spatzen inzwischen von den Dächern pfeifen. Dazu könnte man, wenn man wollte, sich zum Beispiel im Artikel von Peter König, ebenfalls bei free21.org informieren oder eine alte Sendung von Markus Lanz im ZDF anschauen. Aber Recherche ist beim ÖR nicht en vogue. Das überlässt man eher den unabhängigen Medien, die aber alle als »Verschwörungsideologen« beschimpft werden. Schöne neue Medien-Welt.

DW-BESTSELLERLISTE



Generation Maske. Corona: Angst und Herausforderung
Hockertz, S.W.

Kopp Verlag
ISBN: 978-3-86445-819-4



Also sprach Corona.
Die Psychologie einer geistigen Pandemie
Nelles, Wilfried

Scorpio Verlag
ISBN: 978-3-95803-390-0



Finanz-Tsunami: Wie das globale Finanzsystem uns alle bedroht
Wolff, Ernst

Edition e. wolff
ISBN: 978-3-00-057533-4



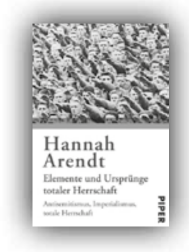
None Dare Call It Conspiracy
Abraha, Larry; Allen, Gary

Dauphin Publications Inc.
ISBN: 978-1-939438-07



Corpus Delicti. Ein Prozess
Zeh, Juli

btb
ISBN: 978-3-442-74066-6



Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, Totalitarismus
Arendt, Hannah

Piper
ISBN: 978-3-492-21032-4



Der Circle
Eggers, Dave

Kiepenheuer & Witsch
ISBN: 978-3-462-04675-5



Angst und Macht.
Herrschaftstechniken der Angsterzeugung in kapitalistischen Demokratien
Mausfeld, Rainer
Westend
ISBN: 978-3-86489-281-3



Nur Mut! Wenn wir uns ändern, verändert das die Welt
Chavent, Kerstin; Gratias, Elisa; Krötsch, Isabelle; Wenicke, Jens (Hrsg.)
Rubikon
ISBN: 978-3-96789-004-4



Wer schützt die Welt vor den Finanzkonzernen? Die heimlichen Herrscher und ihre Gehilfen
Berger, Jens

Westend
ISBN: 978-3-86489-260-8

GRND
GSTZ

BASTELANLEITUNG SPRÜHSCHABLONE

- Seite 16 von der Zeitung abschneiden.
- Die Seite auf einen Karton (ungefähr 30cm mal 45cm) fixieren.
- Dann mit Cutter oder Schere die Buchstaben entlang der Linie ausschneiden. Dabei bitte achtgeben, nicht die Stege der Buchstaben R und D durchzutrennen.

Fertig und Lossprühen!

Zur Protestkultur der Demokratiebewegung

Ein Einwurf von Samuel Gfrörer

Seit über einem Jahr protestieren wir gegen einen autoritären Staat. In Großstädten wie Berlin setzt ein aufgeblasener Apparat von Polizei und Ordnungsamt totalitäre Vorschriften in jedem Aspekt des öffentlichen Lebens durch. Der Inhalt dieser Vorschriften ist ihrem Wesen nach diskriminierend: Die Ungleichbehandlung aufgrund äußerer Merkmale (Test, Maske, Impfstatus) führt zur Ausgrenzung und ist ein typisches Merkmal des Faschismus.

War am Anfang der Widerstand gegen diese Vorschriften noch ein Grundkonsens der Demokratiebewegung, sind inzwischen einige dieser diskriminierenden Maßnahmen eingesickert und haben sich in der Demoszene etabliert. Die Polizei macht die Einhaltung faschistischer Regeln zur Bedingung für die Teilnahme an Demonstrationen und setzt die Veranstalter unter Druck. Es gibt Demos, bei denen sich Teilnehmer, die keine Maske tragen können, in einem separaten, eingezäunten Bereich aufhalten müssen. Dies geschieht mit dem Einverständnis der Veranstalter. Die intrinsische Diskriminierung solcher Maßnahmen reproduziert sich so in der Protestkultur und führt zu einer Spaltung innerhalb der Bewegung. Menschen, die das Tragen einer Maske konsequent ablehnen, fühlen sich zunehmend als Außenseiter und meiden entsprechende Veranstaltungen.

Wacht auf! Nicht nur durch verdeckte Agenten kann eine Widerstandsbewegung zersetzt werden. Der Widerstand bröckelt auch unter dem sozialen Druck, sich den Vorschriften zu fügen. In dem Maß, in dem wir uns den Regeln anpassen, beteiligen wir uns an der Diskriminierung und machen uns am Faschismus mitschuldig.

Haltet zusammen! Uns eint das Bestreben, sich den menschenfeindlichen Maßnahmen so weit wie möglich zu widersetzen. Wer Menschen ausgrenzt, die sich diesen bösartigen Vorschriften verweigern, gehört nicht zu uns.

Taten statt Worte! Gegen jemand, der auf der Bühne von Freiheit spricht, aber kein entsprechendes Verhalten zeigt, ist Misstrauen angebracht.

Fasst Mut! Jeder kann im Rahmen seiner Möglichkeiten Widerstand leisten. Wenn wir nicht im Ausnahmezustand leben wollen, müssen wir uns jetzt wehren. Es gibt keinen Widerstand ohne Widerstand. Meine Haltung zur Maske: Ich bin nicht befreit, sondern frei.

Kreative kritisieren Kurs der Regierung

Der künstlerische Widerstand erwacht und wächst – im Großen wie im Kleinen.

Von Nadine Strotmann

Die Aktion der Schauspieler unter dem Motto »Alles dichtmachen« hat für Diskussionen gesorgt. Doch schon lange vorher bewegte sich der kreative Widerstand im Osten, in der bildenden Kunst, in einem kleinen Dorf bei Halle: Wir berichteten über Franziska Kilger, Malerin aus Mücheln, die im stillen Protest in ihrem Galeriefenster die Menschen mit einem Porträt Merkels und dazugehörigen Zitaten über Freiheit und Liebe zum Nachdenken bringt (DW Ausgabe 44). Eben aus diesem Kreis von Malern wächst nun der Mut, sich öffentlich dem bestehenden Narrativ der Bundesregierung zu widersetzen und dieses kritisch zu hinterfragen.

Der Kunst-Podcast »Blue Room« auf Spotify aus dem Leipziger Atelier der Malerin Manja McCade, einer befreundeten Künstlerin Kilgers, beschäftigt sich in der aktuellen Ausgabe dialogisch mit den Fragen unserer Zeit. Im Zwiegespräch erörtert McCade gemeinsam mit Kilger die Gründe, warum sich viele Künstler noch immer nicht trauen, den Regierungskurs zu kritisieren. Sie analysieren dialogisch mediales *Framing*, Kollateralschäden und widersprüchliche Maßnahmen. Beide Künstlerinnen haben sich entschlossen, nicht mehr zu schweigen, fordern aktiv andere Kreative auf, sich zu positionieren. »Es ist an der Zeit, dass der eine oder andere aus der Versenkung hervortritt«, fordert McCade.



SPORT MIT BERTHOLD

DFB RUNDERNEUERN!

Es müssen ein paar Sätze über die Führungsriege des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) verloren werden. DFB-Präsident Fritz Keller hat sich einen fürchterlichen Fauxpas erlaubt, indem er einen Funktionär mit dem berüchtigten Nazi-Richter Freisler verglich. Das Verhalten des DFB-Generalsekretärs Friedrich Curtius und des Vizepräsidenten Rainer Koch ist allerdings ebenso unerträglich. Wenn einer am Boden liegt, wird nochmal draufgetreten. Ich frage: Wie verträgt sich das mit der vielzitierten Fair-Play-Kampagne? Meine Schlussfolgerung aus der neuesten DFB-Affäre: Die Funktionärsstruktur – und ich schließe die Regional- und Landesverbände nicht aus! – bedarf einer kompletten Erneuerung. Das Problem wird sein, dass Selbsterkenntnis nicht vorhanden ist.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Art. 146 *Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Impressum | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 46. Ausgabe ab Samstag, 8. Mai 2021. | Redaktionsschluss war am 6. Mai, 8:30 Uhr. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | **Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus zu verlangen, der ihnen vollständig zugutekommt. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an K.D.W. e.V., **IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84 · BIC GENODEF1SLR**.

Chefredaktion: Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Sophia-Maria Antonulas **Ressortleitung Wirtschaft:** Hermann Ploppa **Sportchef:** Thomas Berthold **Ressort Naturwissenschaft:** Markus Fiedler **Österreich-Korrespondent:** Eric Angerer **Layout und Satz:** Chris Stein, Ute Feuerstacke, Anselm Lenz **Illustrationen und Bildredaktion:** Jill Sandjaja, Ute Feuerstacke **Fotoressort:** Steve Schramm **Weitere Redaktionsmitglieder:** Ronja Palmer, Burak Erbasi, Aya Velázquez, Dr. Yana Milev, Vicky Richter, Markus Haintz, Alexandra Motschmann, Ullrich Mies, Annette van Gessel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Dr. Tamara Ganjalyan, Louise Mary Lenz, Wolfgang Spraul, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Clark Kent, Doro Neidel, Dr. med. Alexander Richter, Erich Kartmann, Johnny Rottweil, Samuel Gfrörer.
V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.